

Protokoll der 6. Sitzung

vom 7. Mai 2012, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Hans Schwaninger

Protokoll Erna Frattini

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)
Franziska Brenn, Bernhard Egli, Thomas Hurter.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)
Lorenz Laich, Jürg Tanner.

<i>Traktanden:</i>	<i>Seite</i>
1. Wahl des Präsidiums der Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörde (KESB)	204
2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 1. November 2011 betreffend Grundsatzentscheid für die weitere Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums für den Kanton Schaffhausen	207

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 2. April 2012:

1. Postulat Nr. 2012/7 von Samuel Erb sowie 12 Mitunterzeichnenden vom 1. April 2012 betreffend Verschlinkung des Lehrerbeurteilungssystems. Das Postulat hat folgenden Wortlaut:
Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu erstellen, das Lehrerbeurteilungssystem zu vereinfachen. Die direkte Lohnwirksamkeit ist aufzuheben und die Beurteilung stärker auf die Lehrerförderung durch ein Gesprächs-Feedback auszurichten. Die neue Regelung sollte ein gesundes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen.
2. Postulat Nr. 2012/8 von Thomas Hurter sowie 15 Mitunterzeichnenden vom 2. April 2012 mit dem Titel: Inspektoren zurück ins Schulzimmer zur fachlichen Lehrerbeurteilung! Das Postulat hat folgenden Wortlaut:
Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu erstellen mit dem Ziel, dass die kantonalen Schulinspektoren wieder vermehrt im Schulzimmer eingesetzt werden, und zwar zur fachlichen Lehrerbeurteilung. Sie sollen damit die lokalen Schulbehörden und den Schulvorsteher bzw. Schulleiter entlasten.
3. Kleine Anfrage Nr. 2012/14 von Andreas Gnädinger vom 3. April 2012 mit dem Titel: Kompetenzen und Autonomie der Lehrpersonen stärken.
4. Kleine Anfrage Nr. 2012/15 von Andreas Bachmann vom 5. April 2012 mit dem Titel: Verdichtete Bauweise.
5. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Schaffhauser Kantonalbank. – Der Bericht geht zur Vorberatung an die Geschäftsprüfungskommission.
6. Vorlage der Spezialkommission 2011/5 «Totalrevision des Gesundheitsgesetzes» für die zweite Lesung vom 29. März 2012.
7. Volksmotion Nr. 2012/1 von Walter Vogelsanger (Erstunterzeichner) sowie weiteren 885 Mitunterzeichnenden vom 15. März 2012 mit dem Titel: Für ein gerechtes Lohnsystem mit Zukunft. Die Volksmotion hat folgenden Wortlaut:
Der Regierungsrat wird eingeladen, das Personalgesetz, insbesondere Art. 19 so zu ändern, dass den Arbeitnehmenden des Kantons Schaffhausen mit zufriedenstellenden und guten Leistungen eine

angemessene Lohnentwicklung ermöglicht wird. Es soll ein entsprechender Anspruch gesetzlich festgelegt werden, wobei dieser bei schlechter Wirtschaftslage und angespannten Kantonsfinanzen ausnahmsweise ganz oder teilweise aufgeschoben werden kann.

8. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. April 2012 betreffend Genehmigung des kantonalen Strassenrichtplans und Teilrevision des Strassengesetzes.

Dieses Geschäft wird zur Vorberatung an eine 9er-Kommission (2012/5) überwiesen. Erstgewählter oder Erstgewählte ist ein Mitglied der FDP-JF-CVP-Fraktion. Die Zusammensetzung der Kommission wird an der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

9. Kleine Anfrage Nr. 2012/16 von Andreas Gnädinger vom 19. April 2012 mit dem Titel: Spitex – Wurden die finanziellen Vorgaben eingehalten?
10. Bericht der Wahlvorbereitungskommission vom 13. April 2012 betreffend Wahl des Präsidiums der KESB.
11. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 17. April 2012 betreffend Geschäftsbericht 2011 der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen. – Der Bericht geht zur Vorberatung an die Geschäftsprüfungskommission.
12. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 24. April 2012 zum Geschäftsbericht und zur Rechnung 2011 der Spitäler Schaffhausen. – Der Bericht geht zur Vorberatung an die Gesundheitskommission.

*

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Die Spezialkommission 2011/5 «Totalrevision des Gesundheitsgesetzes» meldet das Geschäft für die zweite Lesung als verhandlungsbereit.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion wünscht, in der Spezialkommission 2012/3 «Wasserwirtschaftsgesetz» Alfred Tappolet durch Bernhard Müller zu ersetzen. – Dem Wunsch wird stillschweigend zugestimmt.

Rücktritt

Mit Brief vom 10. April 2012 gibt Daniel Schlatter per 31. Dezember 2012 seinen Rücktritt aus der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse bekannt.

Er schreibt: «Ich erkläre auf das Ende der Legislatur 2012 meinen Rücktritt aus der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse. Da ich seit Januar 1985 ohne Unterbruch in der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse als Mitglied mitarbeiten durfte, habe ich im letzten Herbst die Kommission orientiert, dass ich auf Ende 2012 aus der Kommission austreten möchte und mich nicht mehr zur Wahl stellen werde. Es war eine sehr interessante Zeit, den Wandel in der Landwirtschaft direkt mitzuerleben und die damit verbundenen Schicksale mit zinsfreien Krediten ein wenig zu mildern und mitzugestalten. Danken möchte ich auch den Präsidenten, den Geschäftsführern und den Kommissionsmitgliedern der Bauernkreditkasse für die angenehme Zusammenarbeit.»

Ich danke Daniel Schlatter im Namen des Kantonsrates für sein Engagement in der Verwaltungskommission der Schaffhauser Bauernkreditkasse. Für seine Zukunft wünsche ich ihm alles Gute.

*

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 2. April 2012 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

*

1. Wahl des Präsidiums der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Grundlage: Vorlage der Wahlvorbereitungskommission:
Amtdruckschrift 12-40

Die Wahlvorbereitungskommission schlägt **lic. iur. Christine Thommen** vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wahlresultat

Ausgeteilte Wahlzettel		53
Eingegangene Wahlzettel		53
Ungültig und leer		4
Gültige Stimmen		49
Absolutes Mehr	25	

Es hat Stimmen erhalten und ist **gewählt**:

Christine Thommen	35
Vereinzelte	14

Heinz Rether (ÖBS): Ich möchte kurz umreissen, wo wir mit der Bildung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) stehen, damit Sie einen Überblick erhalten. Mit der Besetzung des Präsidiums haben wir gewisse Turbulenzen erlebt, was das ganze Wahlprozedere etwas verzögert hat. Wir haben aber in der Auswahl der weiteren Mitglieder einen Effort hingelegt, sodass wir am nächsten Freitag die zusätzlichen Mitglieder für die KESB definitiv bestimmen werden. Wir haben heute Nachmittag nochmals Vorstellungsgespräche. Weil der Zeitplan etwas durcheinander geraten ist, sind wir nach wie vor auf Ihre Unterstützung angewiesen. Das heisst, Sie werden noch vor der nächsten Fraktionssitzung die entsprechenden Namen erhalten. Die Wahl der zusätzlichen KESB-Mitglieder sollte an der nächsten Kantonsratssitzung vom 21. Mai 2012 stattfinden.

Warum so schnell? Die Wahlvorbereitungskommission hat beim letzten Mal den Vorwurf bekommen, sie hätte eine Feuerwehübung gemacht. Weil in der ganzen Schweiz diese KESB-Gruppen zusammengestellt werden, sind diese Leute überall sehr gefragt. Bei uns bewerben sich bei Weitem nicht nur Leute aus dem Kanton Schaffhausen, sondern auch aus den umliegenden Kantonen. Damit uns diese Leute nicht vor der Nase weggeklaut werden, müssen wir einen gewissen Zeitplan einhalten. Deshalb ist der Zeitplan auch in diesem Fall etwas gedrängt. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

Werner Bächtold (SP): Auch zu diesem Thema sage ich im Namen der SP-AL-Fraktion Folgendes: Wir gehen davon aus, dass die gewählte KESB-Präsidentin, sofern sie jetzt gewählt wird, ab sofort mit beratender Stimme beim Auswahlverfahren der weiteren Mitglieder der KESB dabei ist. Denn es ist von grosser Wichtigkeit, dass diese Behörde nachher als

Team funktioniert. Daher sollte die designierte Präsidentin ein Wort mitzureden haben. Das ist unser ganz dringender Wunsch.

Matthias Freivogel (SP): Ich finde es einfach nicht gut, wie es bisher gelaufen ist. Uns wird praktisch nie eine Auswahl von Kandidierenden vorgelegt. Die Wahlvorbereitungskommission arbeitet nicht zu unserer Zufriedenheit, zumindest nicht zu meiner. Mit dem Obergerichtspräsidium hat es bereits begonnen. Es gab einen Einer-Vorschlag; andere gute Bewerber wurden «genötigt», die Kandidatur zurückzuziehen. Bei der Ersatzwahl ins Kantonsgericht wurde, nachdem sich die Fraktionen die Kandidierenden angehört hatten, eine andere als die von der Wahlvorbereitungskommission vorgeschlagene Person gewählt. Und jetzt – ich unterstütze zwar die Kandidatur von Christine Thommen, denn sie ist eine gute Kandidatin – haben wir wiederum keine Auswahl. Ich bin überzeugt davon, dass wir auch bei der nächsten Wahl keine Auswahl haben werden. So geht es nicht, denn wir sind das Wahlgremium. Wir möchten deshalb eine Auswahl haben und nicht eine Vorwahl durch die Wahlvorbereitungskommission. Ich bitte Sie, dies endlich zur Kenntnis zu nehmen.

Florian Keller (AL): Als Mitglied der Justizkommission und der Wahlvorbereitungskommission, Matthias Freivogel, ist mir neu, was Sie jetzt gesagt haben. Ich könnte mir aber vorstellen, dass Sie mit diesem Wunsch nicht allein sind. Ich habe unseren Auftrag bisher immer so verstanden und habe mich auch dafür eingesetzt, dass die Wahlvorbereitungskommission genau so viele Kandidaten vorschlägt, wie es Sitze zu vergeben gibt. Ich habe mir immer gesagt, dass wir uns als Kommission aus dem Fenster lehnen und bestimmte Kandidaten empfehlen müssen und nicht der Kantonsrat. Die Kommission schlägt denjenigen oder diejenige vor, den oder die sie als am geeignetsten empfindet.

Wenn dieser Rat aber wünscht, dass die Wahlvorbereitungskommission alle valablen Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen soll, damit er die Auswahl treffen kann, dann müsste der Kantonsrat der Wahlvorbereitungskommission den entsprechenden Auftrag erteilen. Ich bitte den Kantonsratspräsidenten, zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Ratsmitglieder darauf vorbereitet haben, darüber eine Konsultativabstimmung durchzuführen. Die Wahlvorbereitungskommission braucht einen klaren Auftrag und muss wissen, was der Rat genau von ihr erwartet.

2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 1. November 2011 betreffend Grundsatzentscheid für die weitere Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums für den Kanton Schaffhausen

Grundlagen: Amtsdrukschrift 11-75

Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 12-27

Eintretensdebatte

Kommissionspräsident Willi Josel (SVP): Die Planung und Realisierung des Polizei- und Sicherheitszentrums umfasst insgesamt drei Phasen. In der ersten Phase hat der Kantonsrat für die Planung des Neubaus eines kantonalen Sicherheitszentrums, Gefängnis und Staatsanwaltschaft mit Erweiterungsmöglichkeiten Polizei, 950'000 Franken bewilligt. Ebenso wurde ein Kredit von 100'000 Franken für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie über die Entwicklung des Klostersviertels bewilligt. Aufgrund der inzwischen vorliegenden Expertisen können wir uns ein Bild machen, wie es weitergehen soll.

Die zweite Phase dient der Bestimmung der Variante. Der Kommissionsvorschlag lautet auf ein «integrales Sicherheitszentrum». Zudem wird eine Studie zu erstellen sein, die sich mit der Neunutzung des Klostersviertels befasst. Die konkrete Untersuchung der Baumöglichkeiten schliesst auch denkmalpflegerische Aspekte mit ein und untersucht die volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Aber in erster Linie geht es um die Sicherheit der Bevölkerung durch optimale Bedingungen für die Strafverfolgung und den Strafvollzug. Es handelt sich dabei um ein Jahrhundertprojekt.

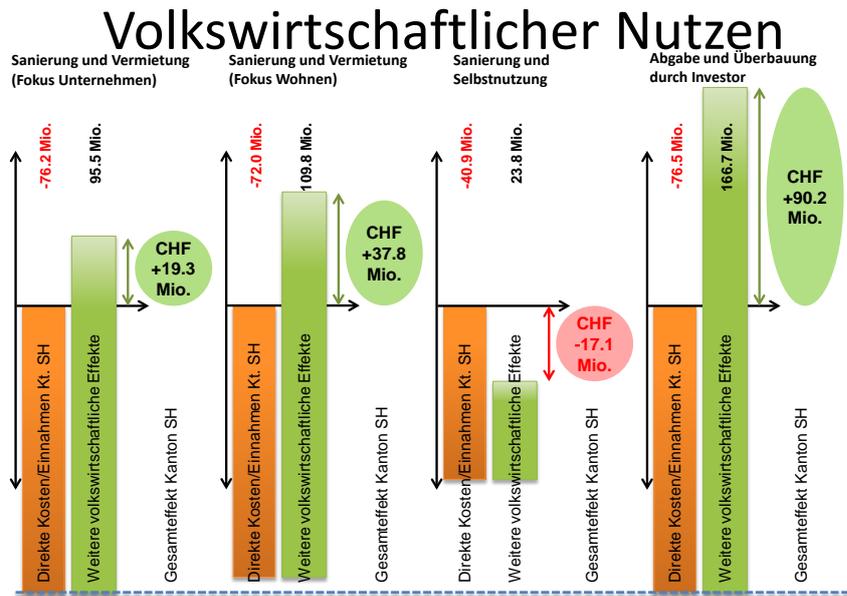
Einige Beispiele für Mängel sowohl beim Gefängnis als auch bei den Räumlichkeiten der Polizei: Beim Gefängnis fehlt ein zweiter Sicherheitsgürtel. Die Anlieferung von inhaftierten Personen ist nur im ungeschützten Bereich möglich. Es besteht eine erhöhte Fluchtgefahr und zudem ist der Persönlichkeitsschutz der Inhaftierten nicht gewährleistet. Im Gefängnisinneren fehlen Einrichtungen zur Trennung der diversen Haftarten und Ethnien. Das führt zu Spannungen, welche hohes Gefahrenpotenzial beinhalten. In den Polizeiräumen sieht es nicht besser aus; es sind eklatante Mängel zu erkennen. In einem Grossteil des Gebäudes gibt es sehr steile Treppen. Aufgrund der engen Räume können die schweren Ausrüstungen mit Waffen und Kleidung, die für einen Einsatz gebraucht werden, nicht nahe genug beieinander platziert werden. Ich könnte die Aufzählung der Mängel beliebig erweitern. All dies und noch mehr führt zu Verzögerungen bei einem Notfalleinsatz. Deshalb muss hier etwas getan werden. Die Voraussetzungen für die Arbeit unserer Polizei sind katastrophal. Unter diesen Bedingungen leistet unsere Schaffhauser Polizei

ausgezeichnete Arbeit. Ich bitte den Kommandanten der Polizei, dieses Lob an seine Mannschaft weiterzuleiten.

Exemplarisch für die insgesamt unhaltbare Situation ist der Weg der Besucher zum Polizeischalter. Auf diesem Weg und im Schalterraum selbst kommt es häufig zum Zusammentreffen mit Inhaftierten. Eine völlig unzumutbare Situation. Verbesserungen durch einen Neubau sind dringend nötig. Die Kommission hat dazu Pläne von verschiedenen Standorten begutachtet. Schliesslich standen vier Orte zur Diskussion. Ein Standort befindet sich in der Nähe der Ziegelhütte, aber dort ist der Platz für ein voll ausgebautes Sicherheitszentrum zu klein und bietet auch keine Erweiterungsmöglichkeiten. Zudem ist angesichts der Entstehung von Wohnungen mit Verzögerungen durch Einsprachen zu rechnen. Der Standort in Beringen ist ebenfalls nicht geeignet. Zwar befindet er sich im Industrie- oder Gewerbequartier, aber auch dort gibt es praktisch keine Erweiterungsmöglichkeiten und es ist auch mit Einsprachen zu rechnen. Für die Kommission kommt deshalb ausschliesslich das Gelände an der Solenbergstrasse infrage. Es liegt verkehrsgünstig und mit Einsprachen ist nicht zu rechnen.

Natürlich ist auch das Klosterviertel ein Thema. Hier bietet sich die Gelegenheit, nicht nur das frei werdende Areal, sondern auch die es umgebenden Bereiche in die Planungen miteinzubeziehen, zum Beispiel das Strassenverkehrsamt, aber auch kleinere Objekte im Besitz des Kantons. Zudem will auch die Stadt Schaffhausen hier neue Konzepte verwirklichen. Wenn schon die Gelegenheit zu einer Umgestaltung besteht, muss die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt Schaffhausen intensiviert werden.

Doch nun geht es um die Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens des Klosterviertels. Dazu liegen erste Berechnungen der Wirtschaftsförderung vor. Diese zeigen vorerst eine Bandbreite, innerhalb deren sich die Zahlen bewegen werden. Angesichts der langen Nutzungsdauer ist natürlich nur eine ungenaue Prognose möglich. Richtet man den Fokus auf die Sanierung und die Vermietung im Unternehmensbereich, rechnet man mit Nettoeinnahmen von rund 19 Mio. Franken. Macht man dasselbe mit dem Fokus auf Wohnungen, könnten Nettoeinnahmen von 37 Mio. Franken angenommen werden. Die Variante der Sanierung und Selbstnutzung kann die Kommission nicht empfehlen. Denn diese führt in die roten Zahlen (-17 Mio. Franken). Die Kommission ist der Auffassung, dass hier der Staat nicht gefragt ist. Vielmehr muss dies privaten Investoren überlassen werden. Auch in diesem Fall ist mit ansehnlichen Kosten zu rechnen, aber der volkswirtschaftliche Nutzen ist wesentlich höher, sodass uns auf lange Sicht noch rund 90 Mio. Franken Gewinn verbleiben. Dies hat die Kommission veranlasst, Ihnen die letztgenannte Variante vorzuschlagen.



Experten haben der Kommission gezeigt, wie das Sicherheitszentrum an der Solenbergstrasse aussehen könnte. Die Erstellung weiterer Expertisen für verschiedenste Projekte würde unnötig viel Geld verschlingen. Bis die Ergebnisse vorlägen, würden mindestens zwei bis drei Jahre vergehen. Daher sollten wir heute den Planungsentscheid für den integralen Bau eines Sicherheitszentrums fällen.

Entscheid heute und weiteres Vorgehen

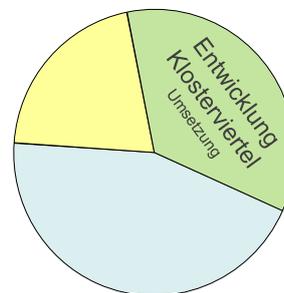
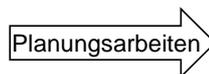


Heute: Planungsentscheide



+ Kauf Grundstück

2014: Gesamtwürdigung und Umsetzungs- und Kreditentscheide



Es ist nun am Stadtplaner, uns zu sagen, was man in und mit diesen Gebäuden im Klosterviertel machen kann. Ob sie beispielsweise allenfalls renoviert oder zum Teil entfernt werden müssen. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, kann entschieden werden, was mit dem Klosterviertel geschehen soll. Während dieser Zeit müssen unsere Angestellten bei der Polizei und im Gefängnis weiterhin in unzeitgemässen Gebäuden arbeiten. Dies gilt es zu vermeiden.

Wir haben uns am 5. März 2012 bei der Besichtigung der Polizei und des Gefängnisses vor Ort ein Bild über die Zustände und die Arbeitsbedingungen machen können. Dieser umfassende Überblick über die gesamte Situation sollte den Entscheid leicht machen. Die Kommission hat allen vorliegenden Anträgen einstimmig zugestimmt. Tun Sie dies auch. Dann machen wir es alle recht!

Regierungsrat Ernst Landolt: Zuerst danke ich der Spezialkommission unter der Leitung von Willi Josel ganz herzlich für die seriöse Arbeit und die sachliche Diskussion. Es war eine qualitativ hochstehende, konstruktive Diskussion, die in der Schlussabstimmung zu einer einstimmig verabschiedeten Fassung geführt hat. Ein grosser Dank für die sehr engagierte Projektarbeit geht an den Sekretär des Volkswirtschaftsdepartements, Daniel Sattler. Ich danke aber auch Kantonsbaumeister Roman Bächtold, Polizei kommandant Kurt Blöchliger, Gefängnisleiter Lorenz Ammann und Christoph Schärner von der Wirtschaftsförderung für die wertvolle beratende Unterstützung der Kommissionsarbeit.

In der Politik gibt es wahrlich Schöneres als die Projektierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums und es gibt wahrlich sympathischere Vorhaben als den Bau eines Gefängnisses. Ich nehme an, meine Damen und Herren, dass wir uns in diesem Punkt einig sind. Und ich hoffe natürlich, dass wir uns auch einig werden darüber, wie wir in Bezug auf die weitere Planung der künftigen Infrastruktur für die Schaffhauser Polizei, für die Staatsanwaltschaft und für das Gefängnis fortfahren sollen und dann zu einem wegweisenden Schritt ansetzen können. Und genau darüber haben Sie heute zu befinden und zu entscheiden. Angesichts der völlig veralteten und prekären Verhältnisse besteht sowohl bei der Polizei als auch beim Gefängnis dringender Handlungsbedarf. Darin ist sich die Regierung und auch die Spezialkommission einig. Und dass tatsächlich grosser Handlungsbedarf besteht, davon konnten Sie sich anlässlich der Besichtigung von Polizei und Gefängnis am 5. März dieses Jahres selbst ein Bild machen. Übrigens danke ich Ihnen dafür, dass Sie unserer Einladung Anfang März 2012 so zahlreich gefolgt sind und damit Ihr grosses Interesse für das Thema «Polizei- und Sicherheitszentrum» zum Ausdruck gebracht haben.

Gestatten Sie mir, dass ich dem Kantonsrat ein Kompliment mache. Das tue ich gerne, denn es kommt ja nicht jeden Montag vor. Nach fast zehn Jahren langwierigem Hin und Her rund um das Thema eines allfälligen Gefängnisneubaus hat dieses Parlament hier 2009 eine mutige Entscheidung gefällt und den Regierungsrat beauftragt, die Projektierung konkret an die Hand zu nehmen. Das ist deshalb lobenswert, weil der Kantonsrat schon damals festgestellt hatte, dass nicht nur beim Gefängnis akuter Handlungsbedarf besteht, sondern auch bei der Polizeiinfrastruktur. Der Kantonsrat hatte bereits damals erkannt, dass im Klosterviertel der Stadt Schaffhausen, dem heutigen Standort von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gefängnis, ein beträchtliches städtebauliches und volkswirtschaftliches Entwicklungspotenzial steckt. Deshalb hat der Kantonsrat damals ohne Gegenstimme einen Kredit für die Projektierung eines Sicherheitszentrums mit Gefängnis und Staatsanwaltschaft bewilligt. Zusätzlich wurde der Regierungsrat vom Parlament beauftragt, bei der Projektierung des Sicherheitszentrums Erweiterungsmöglichkeiten für die Schaffhauser Polizei vorzusehen. Das war klug und weitsichtig. Und damit ist das Kompliment zu Ende.

Die Regierung hat diesen Auftrag entgegengenommen. Nach umfassenden Abklärungen ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, dass die optimale Variante zur Lösung des Problems im integralen Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums im Herblingertal liegt. Damit würden nicht nur zeitgemässe und zukunftsgerichtete Bedingungen für die Bereiche Polizei, Staatsanwaltschaft und Gefängnis geschaffen, sondern damit würde gleichzeitig der Weg frei für eine moderne und städtebaulich standortgerechte Nutzung des Klosterviertels.

Wir alle wissen, dass der Kanton Schaffhausen im Sinne einer positiven Entwicklung in den nächsten 10 bis 15 Jahren eine ganze Reihe von Projekten zu bewältigen hat. Deshalb hat der Regierungsrat mit Blick auf die hoffentlich vorübergehende Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen eine Priorisierung der notwendigen Grossinvestitionen vorgenommen. Bei den zu priorisierenden Grossinvestitionen handelt es sich um die erste Generation des Agglomerationsprogramms, um die Um- und Erneuerungsbauten der Spitäler Schaffhausen und um den Neubau eines Polizei- und Sicherheitszentrums. Damit diese Grossinvestitionen neben den Grundlasten finanziert werden können, hat der Regierungsrat zusätzlich zu seiner Priorisierung auch eine zeitliche Staffelung der Grossinvestitionen über den Zeitraum von 2012 bis 2022 vorgesehen. Dazu dient uns die rollende Investitionsplanung, die jährlich angepasst wird. Die Realisierung des Polizei- und Sicherheitszentrums ist in dieser langfristigen Finanzplanung ab dem Jahr 2015 vorgesehen. Das Ziel besteht aus heutiger Sicht darin, dass diese neue Infrastruktur ab 2018 betriebsbereit sein soll.

Kommissionspräsident Willi Josel hat Ihnen umfassend aufgezeigt, weshalb die Projektierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums im sicherheitsrelevanten Interesse der Schaffhauser Bevölkerung und hinsichtlich der prekären Arbeitsbedingungen von Polizei- und Gefängnispersonal zügig an die Hand genommen werden muss. Dabei kam auch zum Ausdruck, dass die Verlegung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gefängnis ins Herblingertal das Klosterviertel für eine standortgerechte Umnutzung freispielt und damit einen grossen positiven städtebaulichen und volkswirtschaftlichen Nebeneffekt bringen wird. Bemerkenswert dabei ist, dass dieser Effekt so gross ist, dass sich der Bau des Polizei- und Sicherheitszentrums letztlich für den Kanton Schaffhausen auszahlen wird. Gemäss einer Bewertung seitens der Wirtschaftsförderung kann für den Kanton Schaffhausen über die nächsten 30 Jahre mit einem volkswirtschaftlichen Nutzen von rund 150 Millionen Franken gerechnet werden.

Sowohl die Regierung als auch die Kommission sind einhellig der Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, den nächsten Planungsschritt in Angriff zu nehmen. Wenn Sie heute – wie von Regierungsrat und Kommission beantragt – den Grundsatzbeschluss betreffend Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums im Herblingertal fassen, wenn Sie den Antrag betreffend Landabtausch gemäss Vorlage gutheissen, wenn Sie dem Kredit zur Erstellung eines Masterplans für die Entwicklung des Klosterviertels in der Höhe von 250'000 Franken und dem Kredit in der Höhe von 200'000 Franken zur Erarbeitung eines Vorprojektes für die Auslagerung des Kantonalen Strassenverkehrsamtes an einen neuen Standort zustimmen, kann der Regierungsrat zügig vorwärtsmachen.

Wenn Sie also diesen vier Anträgen zustimmen, dann wird Ihnen der Regierungsrat im Jahr 2014 eine konkrete Gesamtschau punkto Umsetzung präsentieren können. Dann werden Sie über alle notwendigen Grundlagen verfügen, um über einen Baukredit für das Polizei- und Sicherheitszentrum, über einen Kredit für den Neubau des Strassenverkehrsamtes und über die Umsetzung der Entwicklung des Klosterviertels entscheiden zu können.

Zugegeben, das Anpacken des Projekts «Polizei- und Sicherheitszentrum samt Umnutzung des Klosterviertels» braucht etwas Mut und unternehmerischen Elan. Ich bin überzeugt, dass dieser Mut und dieser Elan in diesem Ratssaal vorhanden sind. Klar ist, dass der Regierungsrat vorwärtsmachen will und damit den Kanton vorwärtsbringen will. Auch wenn die Entscheide manchmal nicht ganz einfach sind, muss man sich meines Erachtens den Herausforderungen stellen. Wenn heute dringender Handlungsbedarf besteht, müssen wir auch heute handeln. Schwierige Entscheide und schwierige Aufgaben einfach unseren Nachfahren zu überlassen, kann nicht die Lösung sein. Ich bin sicher, dass wir uns auch darüber alle einig sind.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, wenn Sie auf die Vorlage eintreten. Und selbstverständlich bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den Anträgen von Regierung und Kommission voll und ganz zustimmen können. Denn dann kommen wir in einem wichtigen Bereich unseres Kantons wieder einen wesentlichen Schritt weiter. Ich danke Ihnen herzlich.

Nihat Tektas (JF): Auch die FDP-JF-CVP-Fraktion hat sich angesichts der hohen Investitionen detailliert mit dieser Vorlage auseinandergesetzt und insbesondere das weitere Vorgehen, wie es im Bericht skizziert wird, intensiv diskutiert. Um das Resultat vorwegzunehmen: In materieller Hinsicht sind wir ebenfalls der Auffassung, dass der vom Regierungsrat und von der Spezialkommission eingeschlagene Weg – nämlich der des sogenannten integralen Neubaus eines Polizei- und Sicherheitszentrums – weiterbeschritten werden soll. Nur was das Formelle angeht, schlägt Ihnen meine Fraktion anschliessend einen leicht anderen Weg vor, doch dazu später mehr.

Für einen solchen Neubau standen in unserer Fraktion vor allem zwei Punkte im Vordergrund: Die Sicherheit der Bevölkerung zum einen und der verfolgte volkswirtschaftliche Nutzen dieses Projektes zum anderen. Zur Sicherheit muss ich Ihnen nicht viel sagen, denn alle von uns konnten sich anlässlich der Führung durch das Gefängnisgebäude und die Räumlichkeiten der Polizei ein Bild von den unhaltbaren Zuständen machen. Dass beim Gefängnis zahlreiche Mängel bestehen, war dem Kantonsrat ja schon seit einiger Zeit bekannt, waren diese doch Gegenstand der Vorlage des Regierungsrates aus dem Jahr 2009. Dass nun aber auch die Räumlichkeiten der Schaffhauser Polizei weder qualitativ noch quantitativ den für eine professionelle Polizeiarbeit erforderlichen Standards genügen, hat mich persönlich – und wohl auch einige unter Ihnen – ziemlich erstaunt. Insofern muss den Mitarbeitenden der Schaffhauser Polizei, die tagtäglich unter diesen Bedingungen ihre Arbeit möglichst professionell verrichten, Respekt gezollt werden. Neben der Sicherheit steht für uns aber auch der potenzielle volkswirtschaftliche Nutzen dieses Projekts im Vordergrund. Beim Neubau eines solchen Zentrums ausserhalb der Altstadt würde das Klosterviertel einer neuen Nutzung zugänglich gemacht. Die städtebauliche Entwicklungsmöglichkeit dieses Viertels ist für unsere Fraktion genauso zentral. Willi Josel hat vorher von einem Gewinn gesprochen. Es ist daher wichtig und richtig, in einem nächsten Schritt detailliert aufzuzeigen, welche Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Viertel stecken, weshalb wir auch dem Kredit für die Erstellung des sogenannten Masterplans für die Entwicklung des Klosterviertels zustimmen werden, genauso übrigens wie dem Projektionskredit für die Auslagerung des Strassenverkehrsamtes, welches im Herzen der Altstadt nichts, aber auch gar nichts zu suchen hat.

Wir stellen jedoch die Bedingung an den Masterplan, dass dieser klare Vorgaben über Mögliches, aber auch über nicht Mögliches in diesem Gebiet aufzeigt und dass vor allem hinsichtlich der Denkmalpflege klare und vor allem möglichst verbindliche Aussagen über die Grenzen der Neubeziehungsweise der Umbaumöglichkeiten gemacht werden. Dies umso mehr, als es sich beim Kloosterviertel «bekanntlich um ein städtebaulich und denkmalpflegerisch anspruchsvolles Gebiet handelt». Lieber reden wir jetzt Klartext, was möglich ist und was nicht, als nachher leider wieder vor einem gescheiterten Projekt zu stehen und einen Verantwortlichen für den politischen Scherbenhaufen zu suchen. Diese Klarheit des Masterplans wurde mir in der Kommission vom zuständigen Regierungsrat Ernst Landolt versprochen; es schadet aber sicherlich nichts, dies hier im Rat nochmals ins Protokoll einfließen zu lassen. Sollte sich nämlich mit dem Masterplan herausstellen, dass das Kloosterviertel nicht wie erhofft volkswirtschaftlich genutzt werden kann, dann muss das Projekt «Polizei- und Sicherheitszentrum» nochmals grundsätzlich überdacht werden. Denn gerade unter Berücksichtigung der weiteren anstehenden Investitionen sowie der finanziellen Situation unseres Kantons müssen wir uns ernsthaft fragen, ob sich ein solcher Kraftakt, vor allem in dieser Höhe, rechnet. Sicherheit darf etwas kosten und muss etwas wert sein. Die Frage ist aber immer, wie viel. Und eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Ohne den volkswirtschaftlichen Nutzen sind aus unserer Sicht 83,5 Mio. Franken brutto oder 77,5 Mio. Franken netto zu viel.

Ich teile die Meinung von Kommissionspräsident Willi Josel, dass, wenn etwas gemacht wird, es richtig gemacht werden soll. Aber ich möchte auch die Gewissheit haben, dass es dann wirklich richtig gemacht wird. Und darum geht es.

Sie hören es aus meinem Votum heraus: Aus der Sicht meiner Fraktion steht und fällt dieses Projekt – ich spreche jetzt nur vom integralen Neubau – mit dem Ergebnis des Masterplans. Deshalb wird ein Mitglied aus unserer Fraktion anschliessend noch einen Antrag stellen und diesen kurz begründen, dass über den Grundsatzentscheid heute nicht abgestimmt werden soll, zumindest so lange nicht, bis der Masterplan für das Kloosterviertel vorliegt. Der Vollständigkeit halber halte ich fest, dass der Landabtausch in der Vorlage unbestritten ist und wir diesem zustimmen werden.

Regula Widmer (ÖBS): Die ÖBS-EVP-Fraktion steht grundsätzlich hinter dem Beschluss vom 17. August 2009 zur Projektierung eines Sicherheitszentrums für die Staatsanwaltschaft und eines kantonalen Gefängnisses. Stimmen in unserer Fraktion lehnen ein neues Sicherheitszentrum im vorgesehenen Ausmass ab. Das Projekt könnte ihres Erachtens wesentlich reduziert, redimensioniert und die punktuelle Zusammenarbeit

mit dem Kanton Zürich könnte vertieft werden. Daher spreche ich jetzt für die Mehrheit unserer Fraktion: Der dringende Handlungsbedarf ist ausgewiesen. In der Vorlage wird darauf aufmerksam gemacht, wie und in welchem Umfang die Polizei durch die heutige räumliche Situation in ihrer Arbeit eingeschränkt wird. Als Folge davon werden die Abläufe komplizierter und zeitintensiver. Die interessanten Führungen durch die Räumlichkeiten der Polizei und auch durch das Gefängnis haben die Dringlichkeit für alle sichtbar gemacht.

Wir sind überzeugt, dass volkswirtschaftlich gesehen eine optimale Lösung nur möglich ist, wenn die Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Gefängnis an einem Ort zusammengeführt werden. Der Standort im Herblingertal ist unseres Erachtens sinnvoll und gut. Bei dieser Variante wird das Gebiet des Klosterbezirks für eine neue Nutzung frei; ergreifen wir diese Chance! Zum jetzigen Zeitpunkt über allfällige Projekte, schützenswerte Gebäude und Detailfragen zu diskutieren, ist verfrüht und nicht förderlich. Im Moment stellt sich nur die Frage: Wollen wir einen integralen Neubau oder eine «Pflästerlipolitik» am alten Standort?

Wir sehen in der veränderten finanziellen Grundvoraussetzung eine grosse Problematik in Bezug auf die Akzeptanz des Projektes anlässlich einer Volksabstimmung. In seiner Priorisierung hat der Regierungsrat richtigerweise die drei grossen Brocken benannt. Das Agglomerationsprogramm hat bereits die Zustimmung der Stimmbevölkerung erhalten. Die Erfahrungen in Zürich zeigen, dass es Vorlagen über Polizei- und Sicherheitszentren nicht einfach haben. Ein Ausspielen der Projekte Spitalausbau oder Neubau gegen Polizei- und Sicherheitszentrum darf nicht geschehen. Die Sicherheit muss für alle im Vordergrund stehen und die Kosten dürfen nicht alleinige Entscheidungsgrundlage sein!

Die Mehrheit der ÖBS-EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, ein Polizei- und Sicherheitszentrum an der Solenbergstrasse in Herblingen zu realisieren und gleichzeitig eine städtebauliche Entwicklung des Klostersviertels zu ermöglichen und mit den geeigneten Investitionen oder Investoren umzusetzen. Über die Kostenfrage muss allerdings noch intensiv diskutiert werden.

Auch die ÖBS hat sich über den volkswirtschaftlichen Nutzen des Projekts Gedanken gemacht. Die Überlegungen, ob der Kanton als Investor auftreten will oder ob die Grundstücke im Klosterbezirk verkauft oder im Baurecht abgegeben werden, müssen zwangsläufig vor einer konkreten Planung vorgenommen werden. Das heisst, dass diese Fragen nicht heute, sondern zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden müssen. In einer Variantenberechnung durch die Wirtschaftsförderung wird sogar von einem theoretischen Nettoeffekt von 163 Mio. Franken ausgegangen, wenn der Kanton als Investor auftreten würde. Wir sind überzeugt, dass aufgrund der volkswirtschaftlichen Analyse der Wirtschaftsförderung die

Variante Bau Sicherheitszentrum und Alternative für Strassenverkehrsamt/Tiefbauamt mit dem Kanton als Investor eine zukunftsweisende Lösung gefunden werden könnte, und hoffen, dass der Kantonsrat sowie das Stimmvolk den Mut zur finanziellen Lücke aufbringen werden, um dadurch längerfristig eine Wertschöpfung zu erzielen.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und die entsprechenden Anträge betreffend Landabtausch, Projektierungskredit für die Erarbeitung eines Vorprojekts für die Auslagerung des kantonalen Strassenverkehrsamtes an einen anderen Standort mehrheitlich unterstützen.

Patrick Strasser (SP): Ich gebe Ihnen die Stellungnahme der SP-AL-Fraktion ab. Wer an der Besichtigung von Polizei und Gefängnis dabei war, hat gesehen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Im jetzigen Gefängnis kann die Sicherheit der Angestellten nicht im erforderlichen Ausmass gewährleistet werden. Die enge und unübersichtliche Raumsituation bei der Schaffhauser Polizei erschwert die Auftragserfüllung. In diesem Zusammenhang haben schon der Kommissionspräsident Willi Josel sowie der FDP-JF-CVP-Fraktionssprecher Nihat Tektas ihre Wertschätzung gegenüber der Arbeit der Polizistinnen und Polizisten angeönt. Mich als Präsident des Polizeibeamtenverbandes freut diese Wertschätzung natürlich. Ich hoffe, dass diese Wertschätzung an der nächsten Budgetsitzung, wenn es um den Lohn geht, ebenfalls spürbar wird. Schon einmal besten Dank dafür. Zurück zur Raumsituation: Eine Änderung der jetzigen Raumsituation in Polizei und Gefängnis ist also unabdingbar.

Welches ist nun die richtige Lösung? Der etappierte Neubau eines Sicherheitszentrums, bei dem zuerst Gefängnis und Staatsanwaltschaft in den Neubau ziehen und die Polizei zu einem späteren Zeitpunkt nachkommt, führt unter dem Strich zu deutlich höheren Kosten und ist daher aus der Sicht der SP-AL-Fraktion keine Option. Wird ein Sicherheitszentrum nur für Staatsanwaltschaft und Gefängnis gebaut, bleiben zwar die Baukosten für das Sicherheitszentrum deutlich tiefer, die Nachteile dieser Lösung überwiegen aber. Es müssten im Klosterviertel grosse und teure Umbauten getätigt werden, damit die Polizei ihren Auftrag erfüllen kann. Vor allem würde das Klosterviertel, das ein grosses Entwicklungspotenzial hat, über Jahre hinaus besetzt bleiben. Somit ist aus der Sicht der SP-AL-Fraktion ein integraler Neubau die sinnvollste Variante, die zwar den Nachteil hat, dass die eigentlichen Baukosten relativ hoch sind, die dafür aber Vorteile hat, welche diesen Nachteil überwiegen. Mit einem integralen Neubau wird eine effiziente Auftragserfüllung der Sicherheitsorgane ermöglicht. Das frei werdende Klosterviertel bietet die Möglichkeit für eine Entwicklung, welche einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen kann. Zum in diesem Zusammenhang angekündigten Antrag der

FDP-JF-CVP-Fraktion werde ich mich dann äussern, wenn ich noch mehr Argumente dafür gehört habe. Ich kann nur sagen: Im Augenblick würde ich den Antrag noch ablehnen, weil es auch gute Gründe gibt, den Entscheid zu Beschluss Nr. 1 heute zu treffen. Aber, wie gesagt, dazu dann später mehr, wenn wir in der Detailberatung sind.

Zum grössten Knackpunkt der Vorlage, der Finanzierung der Baukosten: Es stehen verschiedene grosse Investitionsvorhaben an wie Sicherheitszentrum, Agglomerationsprogramm und Spital. Es sind dies alles wichtige Vorhaben, die zur Erfüllung von zentralen kantonalen Aufgaben in den Bereichen Sicherheit, Verkehr beziehungsweise Gesundheit nötig sind. Die Finanzierung dieser Vorhaben muss so erfolgen, dass der Kanton nicht in eine grosse Schuldenwirtschaft gerät. Da sind wir uns bestimmt alle einig. Vor der Volksabstimmung über den Baukredit fürs Sicherheitszentrum muss daher klar sein, wie die Finanzierung erfolgt. Ein Aufschub dieser Frage, bis der Baukredit für den Spitalneubau vorliegt, liegt meines Erachtens nicht drin. Dieser Entscheid muss vorher fallen. Bei diesen Überlegungen zur langfristigen Finanzierung ist unter anderem selbstverständlich auch der volkswirtschaftliche Nutzen der Entwicklung im Klosterviertel einzubeziehen.

Da an der letzten Sitzung der SP-AL-Fraktion nicht alle Fraktionsmitglieder anwesend waren, drücke ich mich ein wenig vorsichtig aus: Voraussichtlich wird die SP-AL-Fraktion den Anträgen grossmehrheitlich zustimmen.

Markus Müller (SVP): Ein Wort zu Patrick Strasser: Kürzlich erschien in den «Schaffhauser Nachrichten» ein Leserbrief des Gefängnisarztes. Er schrieb, man solle vielleicht auch einmal ins Personal investieren und nicht nur in die Hüllen. Im Moment habe ich den Eindruck, der Kanton Schaffhausen investiere vor allem in Hüllen und weniger ins Personal. Vielleicht müsste man hier auch mal über die Bücher gehen.

Es ist schon vieles gesagt worden und ein paar Worte sind vielleicht zu hart für gewisse Leute.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion ist nach sehr intensiver Beratung mit der Stossrichtung grundsätzlich einverstanden. Uns ist die Sicherheit ein sehr grosses Anliegen. Wir haben uns mit Ihnen auch über die schlechten Zustände der Gebäulichkeiten der Polizei und des Gefängnisses ein Bild machen können. Da ist sicher Handlungsbedarf gegeben, den wir jedoch bereits vor drei Jahren in diesem Saal formuliert und gleichzeitig einen Planungskredit von 900'000 Franken und einen weiteren Kredit von 100'000 Franken für die Machbarkeitsstudie des Klosterviertels bewilligt haben. Ich habe den Eindruck, dass mit diesen Krediten nicht allzu viel gemacht oder zu wenig gemacht wurde.

Vorliegend geht es ganz klar um Planungsarbeiten. Mit dem Titel in Anhang 1 der regierungsrätlichen Vorlage «Grundsatzbeschluss betreffend Realisierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums» möchte der Regierungsrat von uns einen Richtungsentscheid. Das verstehe ich und ich kann es auch nachvollziehen. Aber das Wort «Realisierung» im Titel und auch in Ziff. 1 ist etwas gefährlich, denn ich weiss schon, wie es dann läuft: Im Jahr 2014 wird gesagt, der Rat habe der Realisierung ja zugestimmt. Nun müsse nur noch das Volk bestimmen. Ich möchte klar festhalten, dass wir immer noch von einer Planung und nicht von einer Realisierung sprechen. Bis zur Realisierung ist es noch ein ganz langer Weg. Was in Ziffer 1 aus meiner Sicht ebenfalls gefährlich ist, ist die Summe von 77,5 Mio. Franken. Diese Summe sollte zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Beschluss gestrichen werden. Wir sind in der Planungsphase und wissen nicht, was das Ganze schliesslich kostet. Um einer Realisierung zustimmen zu können, braucht es einige Voraussetzungen. Und schliesslich wird das Volk und nicht der Rat dem Projekt zustimmen. Diesem hier formulierten Blankoscheck wird meine Fraktion vielleicht zustimmen, ich aber sicher nicht, denn dies wäre meines Erachtens fahrlässig. Die offenen Fragen müssen bis 2014 beantwortet werden. Zudem müssen verbindliche Angaben gemacht werden. Die Finanzierung muss im Gesamtrahmen zusammen mit dem Agglomerationsprogramm und dem Kantonsspital geregelt sein. Dabei ist unsere Forderung ganz klar: Es darf auf keinem Vorhaben eine Objektsteuer erhoben werden. Das gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Zudem muss eine Priorisierung aller Grossprojekte stattfinden, sodass diese Forderung erfüllbar ist. Regierungsrat Ernst Landolt hat gesagt, diese Priorisierung sei vorgenommen worden, aber meines Wissens mit dem Gedanken, bei irgendeinem Projekt eine Objektsteuer zu erheben. Ich lasse das mal offen. Ein Hauptpunkt, der heute oft zur Sprache kam: Das Klosterviertel muss durch private Investoren und nicht durch den Kanton entwickelt werden können. Das heisst, entweder muss eine totale Abbruchmöglichkeit zugesichert oder eine machbare oder bezahlbare Möglichkeit alt/neu gegeben sein. Und das wird der springende Punkt sein. Das Projekt, lieber Ueli Jäger auf der Tribüne, tönt gut, aber der Hauptpunkt fehlt. Kann mit diesem Quartier etwas realisiert werden? Wenn zu viele Auflagen gemacht werden, befürchte ich fast, dass Sie keine Investoren finden werden. Und dann geht es so weiter in diesem Kanton. Alle beten zum Investor, der irgendwo im Himmel schwebt, sei es für das Weinhotel in Hallau oder sei es jetzt auch hier. Ohne klare Verhältnisse geht nichts. Ich erinnere mich gut an unsere Fraktionssitzung, an der uns Regierungsrat Ernst Landolt sagte, das nun vorgesehene Projekt werde nicht realisiert, wenn aus dem Klosterviertel nicht von Privaten etwas Sinnvolles gemacht werden könne. So habe ich ihn zumindest verstanden. Ich habe jetzt etwas Be-

denken. Meiner Meinung nach haben die Regierung und die verantwortlichen Stellen diesbezüglich zu wenig getan. Am 17. August 2009 hat dieser Rat zwei Kredite bewilligt. Der eine war für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie über die Entwicklung des Klosterviertels. Diesbezüglich hätte etwas gemacht werden können, so dass wir nun keine Grundsatzentscheidung darüber fällen müssten, wie es weitergeht.

Die SVP-JSVP-EDU-Fraktion war dem Projekt gegenüber wohlwollend eingestellt. Wir befürworten, dass das Gesamtpaket auf der grünen Wiese gebaut wird, weil dies finanziell wahrscheinlich günstiger ist. Ich bin allerdings auch nicht so sicher, ob der vorgesehene Standort im Herblingertal der richtige ist. Diesbezüglich hat die FDP wahrscheinlich recht. Bei mir haben schon die Alarmglocken geläutet, denn wenn das Sicherheitszentrum in Herblingen gebaut wird, braucht es die Einsatzzentrale dennoch in der Stadt und alles muss nochmals überdacht werden. Vergleichen Sie unseren kleinen Kanton mit der Stadt Winterthur. Ich weiss nicht, ob diese ein Zentrum in Hettlingen bauen würde und dazu noch eine Zentrale in der Stadt. Für mich ist einfach wichtig, dass keine doppelten Kosten entstehen. Deshalb kann mich eigentlich der FDP-JF-CVP-Fraktion anschliessen. Ich tendiere im Moment dazu, ihr zuzustimmen.

Wir in der SVP-JSVP-EDU-Fraktion haben uns auf folgendes Vorgehen geeinigt: Den Anhängen 2 bis 4 werden wir zustimmen. Für uns steht jedoch der Anhang 1 zur Diskussion. Der Titel müsste geändert werden und das Wort «Realisierung» müsste durch das Wort «Planung» ersetzt werden. Wir sprechen von Planung und nicht von Realisierung, sonst gibt es falsche Hoffnungen. Je nachdem, wie die Diskussion verläuft, werde ich entsprechend Antrag stellen. In Ziffer 1 müssten meines Erachtens die voraussichtlichen Investitionskosten von 77,5 Mio. Franken herausgestrichen werden, weil, was das Projekt anbelangt, einfach noch zu viele Fragezeichen offen stehen. Wir werden also die Beratung wohlwollend verfolgen und schauen, was die FDP-JF-CVP-Fraktion macht. Dann wird sich zeigen, ob wir ihr zustimmen können oder ob wir allenfalls noch mit speziellen Anträgen kommen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Grundsatzbeschluss betreffend Realisierung eines «Polizei- und Sicherheitszentrums»

Jeanette Storrer (FDP): Mit dem vorliegenden Bericht möchte der Regierungsrat dreierlei aufzeigen: 1. Dass die vom Kantonsrat in Auftrag gegebene Planung eines kantonalen Sicherheitszentrums mit der Erweiterungsmöglichkeit Polizei einem dringenden Bedürfnis entspricht; 2. dass diese Gesamtplanung, also Gefängnis, Staatsanwaltschaft und Polizei, am Standort Herblingen Solenbergstrasse mit voraussichtlichen Investitionskosten von 77,5 Mio. Franken weiterzuverfolgen ist und 3. dass mit einem Masterplan für die Entwicklung des Klostersviertels, basierend auf der erstellten Machbarkeitsstudie, die Grundlagen vertieft abgeklärt werden müssen, um eine Testplanung und einen Rahmen- und Quartierplan auszuarbeiten, und zudem ein Vorprojekt für die Auslagerung des Kantonalen Strassenverkehrsamtes an einen neuen Standort erarbeitet werden muss. Aus dem letzten Punkt folgt, dass der volkswirtschaftliche Nutzen, den Willi Josel vorher einmal auf einer Folie aufgezeigt hat, welche aber uns normalen Ratsmitgliedern zusammen mit der Vorlage ja nicht mitgeliefert wurde und die wir so nicht im Detail klären konnten, für die Region aus der Entwicklung des Klostersviertels, welcher jenem (vor allem auch den Kosten) des Sicherheitszentrums gegenübersteht, zurzeit noch nicht beziffert oder nahe konkretisiert werden kann. Sonst bedürfte es nicht noch eines Masterplans. Solange noch keine konkrete Vorstellung zur Entwicklung des Klostersviertels vorliegt, fällt es mir wirklich schwer, einen Grundsatzentscheid über die Projektierung eines umfassenden Polizei- und Sicherheitszentrums zu fassen. Kommt hinzu, dass auch noch sondiert werden muss, wohin das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ausgelagert werden soll und mit welchen zusätzlichen Kosten dafür zu rechnen ist. Auch darüber haben wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kenntnis.

Gemäss Vorlage hat sich der Regierungsrat entschieden, im Rahmen des vom Kantonsrat im August 2009 gesprochenen Planungskredits eine Testplanung und erst nach der Genehmigung des Baukredits den Planungswettbewerb selbst durchzuführen. Müsste jedoch nicht auch, bevor eine Testplanung gemacht wird, zuerst klar sein, welche Entwicklung im Klostersviertel möglich und realistisch ist? Und müsste es nicht vor allem uns im Parlament auch möglich sein, dies wirklich abzuschätzen? Wenn parallel zum Masterplan für die Entwicklung des Klostersviertels die Kreditvorlage zum umfassenden Sicherheitszentrum ausgearbeitet wird, so geschieht dies ohne sichere Grundlage, da die konkrete Projektierung eines Sicherheitszentrums nur dann Erfolg haben kann, wenn wir wissen,

was im Klosterviertel machbar ist. Darauf hat Thomas Hurter bereits 2009 zu Recht hingewiesen.

Nachdem das Parlament bereits 2009 einen Planungskredit bewilligt hat, der gemäss den Ausführungen in der regierungsrätlichen Vorlage nicht aufgestockt werden muss, stelle ich daher den Antrag, heute keinen Grundsatzbeschluss zu fassen beziehungsweise dies erst nach dem Vorliegen des Masterplans und des Projekts zur Auslagerung des Strassenverkehrsamtes zu tun, falls es sich noch als notwendig erweisen sollte. Denn möglicherweise kann dann auch direkt eine Kreditvorlage ausgearbeitet werden. Ich stelle diesen Antrag nicht einfach leichtfertig, sondern weil mir die Sicherheit im Kanton Schaffhausen am Herzen liegt und weil ich über die misslichen Arbeitsbedingungen im Gefängnis und in der Polizei durchaus Bescheid weiss und weiss, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich möchte aber einen Scherbenhaufen vermeiden, wie es beispielsweise im Kanton Zürich der Fall war. Ich weiss nicht, ob man schon einmal daran gedacht hat, aber unser Grundsatzbeschluss, den wir heute eigentlich fällen sollen, wenn es nach der regierungsrätlichen Vorlage geht, untersteht dem Referendum. Und wenn ein Referendum ergriffen wird und wir dann eigentlich sagen müssen, wir könnten nicht wirklich aufzeigen, was im Klosterviertel passiere, dann haben wir, sollte das Referendum ergriffen werden, denkbar schlechte Karten. Und wenn ein solches zustande käme, wäre dieser Entscheid für ein integrales Sicherheitszentrum bereits zum jetzigen Zeitpunkt definitiv vom Tisch. Dazu kann ich einfach nicht Ja sagen.

Markus Müller (SVP): Das Vorgehen wird so sein, dass wir zuerst den Anhang 1 beraten und dann die Grundsatzabstimmung durchführen. Deshalb stelle ich zu diesem Anhang 1 jetzt einen Änderungsantrag. So, wie ich den Regierungsrat verstehe, geht es darum, von uns explizit zu hören, dass wir das Projekt befürworten oder die Stossrichtung, dass man nicht nur Gefängnis und Staatsanwaltschaft, sondern die Polizei integriert, weiterverfolgen. Das hat der Kantonsrat im Jahr 2009 auch so stipuliert, aber auch offen formuliert als Möglichkeit, dass man die Platzverhältnisse so vorsieht. Von mir aus sehe ich keinen Grund, das nicht zu tun. Unsere Fraktion kann dem auch zustimmen, dass man diese Stossrichtung weiterverfolgen will, wenn die Bedingungen erfüllt sind, die ich eingangs erwähnt habe, Finanzierung und vor allem, was mit dem Klosterquartier gemacht werden kann. Das ist eine entscheidende Bedingung. Ich stelle den Antrag, den Titel zu ändern, indem das Wort «Realisierung» durch «Planung» ersetzt wird. Der Titel würde dann lauten: «Grundsatzbeschluss betreffend Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums». Zudem beantrage ich, die Kosten gemäss Ziff. 1 nicht in den Beschluss aufzunehmen, das heisst, den Satzteil «mit voraussichtlichen

Investitionskosten (netto) von 77,5 Mio. Franken (Stand Oktober 2010, basierend auf Benchmarkwerten)» zu streichen. Weiter stelle ich den Antrag, Ziff. 2 des Beschlusses sei ersatzlos zu streichen. Wenn wir von Planung reden, muss hier nicht auch noch ein Kredit gesprochen werden, zumal der im Jahr 2009 beschlossene Kredit von 900'000 Franken für die Projektierung des Neubaus eines kantonalen Sicherheitszentrums meiner Meinung nach noch nicht aufgebraucht ist. Wenn wir die 77,5 Mio. Franken streichen, ist der Grundsatzbeschluss auch nicht dem Referendum unterstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es auch nicht sinnvoll, die Stimmbevölkerung miteinzubeziehen.

Peter Käppler (SP): In der Pause hat die SP-AL-Fraktion natürlich auch über den Antrag von Jeanette Storrer gesprochen. Wir waren ein wenig irritiert, nachdem es geheissen hatte, die Kommission stehe einstimmig hinter dem Projekt. Die SP-AL-Fraktion steht nach wie vor dahinter. Wir sind mit dem Grundsatz, das neue Polizei- und Sicherheitszentrum an einem neuen Standort zu bauen, einverstanden. Die nun aufgetauchten Fragen, wie es mit dem Klosterviertel weitergehen soll, müssen geklärt werden. Sollte eine Mehrheit dem Antrag von Jeanette Storrer zustimmen, was durchaus möglich ist, müssten diese Fragen irgendwie geklärt werden. Für die SP-AL-Fraktion kann es jedoch nicht sein, dass wir das ganze Projekt sistieren, bis vielleicht in zwei Jahren ein Masterplan vorliegt. Wir müssen jedoch mehr Sicherheit darüber haben, wie es mit den Planungen weitergeht. Deshalb beantragt Ihnen die SP-AL-Fraktion, die unbestrittenen Punkte dieser Vorlage heute zu beschliessen und den Anhang 1 der regierungsrätlichen Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, bis die Abklärungen gemacht worden sind, sodass dieser Rat in zwei oder drei Monaten den Beschluss fassen kann. Eine längere Verzögerung würden wir allerdings nicht begrüssen. Aber wir sind auch der Ansicht, dass es angesichts der Unsicherheiten schlecht wäre, jetzt einen Grundsatzbeschluss zu fällen.

Regula Widmer (ÖBS): Auch wir haben uns in der Pause intensiv mit den aufgetauchten Fragen auseinandergesetzt. Den Vorschlag von Markus Müller könnten wir unterstützen, denn es ist für uns ein grosses Anliegen, dass heute der Entscheid gefällt wird, damit ein integrales Polizei- und Sicherheitszentrum gebaut werden kann. In der 3. Kommissionssitzung wurde angekündigt, dass auf Ende Frühling – das ist zwar ein dehnbarer Begriff – das Inventar betreffend Schutzwürdigkeit der Gebäude im Klosterviertel vorliegen sollte. Ich frage nun Regierungsrat Ernst Landolt an: Wie sieht es mit den Resultaten aus und welche Informationen haben Sie? Diese Informationen wären hinsichtlich des Antrags von Jeanette Storrer doch matchentscheidend. Die ÖBS-EVP-Fraktion

kann den Antrag von Markus Müller unterstützen, weil damit der integrale Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums ermöglicht wird.

Patrick Strasser (SP): Beim Eintreten habe ich Ihnen angekündigt, dass ich mich zu diesem Thema noch äussern werde. Ich möchte jetzt aber klar betonen, dass ich nun zum Antrag von Peter Käppler spreche, denn eine Rückweisung an die Kommission ist ein Ordnungsantrag. Über diesen müssten wir zuerst sprechen. Beim Eintreten hat Nihat Tektas den Antrag von Jeanette Storrer bereits angekündigt. Er hat dannzumal noch von möglichen Einschränkungen gesprochen, welche insbesondere durch den Denkmalschutz im Gebiet Klosterviertel auftreten könnten. Das war für mich keine Thematik, weshalb ich einem Rückweisungsantrag an die Kommission zu diesem Zeitpunkt auch nicht zugestimmt hätte. Wir müssen klar sehen, dass die Denkmalpflege ein kantonales Amt ist, das seine Aufgaben wahrzunehmen hat. Sie kann jedoch nicht allein entscheiden. Hier kommt es deshalb darauf an, wie diese Amtsstelle vom zuständigen Regierungsrat geführt wird. Anscheinend hat die FDP-JF-CVP-Fraktion nicht so viel Vertrauen in ihren eigenen Regierungsrat, dass es gut herauskommt. Aber das muss diese Fraktion selbst wissen. Ich jedenfalls habe nicht so viel Angst gehabt und war klar der Meinung, die Einschränkungen würden sicher nicht so gross sein, sodass eine gezielte Entwicklung möglich ist. Jeanette Storrer hat nun aber einen anderen wichtigen Punkt aufgebracht. Sie befürchtet die Ergreifung des Referendums, das dazu führen könnte, dass bereits der Grundsatzbeschluss abgelehnt wird.

Noch ein Hinweis an Markus Müller: Ziff. 2 kann nicht gestrichen werden, weil es hier nicht nur um die Finanzen, sondern um einen Grundsatzbeschluss geht. Laut Kantonsverfassung ist ein Grundsatzbeschluss referendumsfähig. Verschiedene Vertreter der Stadt Schaffhausen teilen die Meinung von Jeanette Storrer, dass die Gefahr eines Referendums bestehen würde. Ich habe das etwas anders eingeschätzt, aber ich lasse mich gerne davon überzeugen, dass hier Vorsicht geboten ist. Und gerade deshalb werde ich den Antrag von Peter Käppler unterstützen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Ich bin ein wenig irritiert und auch etwas enttäuscht. Die Kommission, in der drei Mitglieder der FDP-JF-CVP-Fraktion vertreten waren, hat die Vorlage in drei Sitzungen beraten. Von diesen Mitgliedern kam nie etwas in dieser Richtung in die Kommission. Und weil es sich hier nicht um eine Gesetzesberatung handelt, gibt es auch keine zweite Lesung. Wir hätten bestimmt viel Unruhe vermeiden können, wenn die Kommission über den Antrag von Jeanette Storrer hätte beraten können.

Matthias Freivogel (SP): Ich mache beliebt, den Ordnungsantrag prioritär zu behandeln, wie es in der Geschäftsordnung steht.

Regierungsrat Ernst Landolt: Ein Wort zum Anliegen von Matthias Freivogel, der den Ordnungsantrag vordringlich behandeln will: Die Rückweisung des Geschäftes an die Kommission, damit die verlangten Abklärungen vorgenommen werden können, funktioniert nicht, denn die Kommission kann diese Abklärungen nicht tätigen. Sie werden ja auch noch über einen Kredit in der Höhe von 250'000 Franken für die Erstellung eines Masterplans abzustimmen haben. Im Zusammenhang mit dem Masterplan, den die Fachleute erstellen, werden Abklärungen darüber gemacht, was im Klosterviertel möglich und was nicht möglich ist. Deshalb mache ich Ihnen beliebt, dem Ordnungsantrag nicht zuzustimmen.

Peter Käppler (SP): Es ist klar, dass die Kommission diese Abklärungen nicht machen kann. Aber die Kommission kann die Regierung beauftragen, die Fragen zu prüfen und zu beantworten. Die Kommission wird dann entscheiden, ob die Regierung die heute aufgeworfenen Fragen zufriedenstellend beantwortet hat. Sollte dem Antrag von Jeanette Storrer, heute keinen Entscheid zu fällen, zugestimmt werden, dann müsste doch ein Gefäss für diese Vorlage gefunden werden, was aus der Sicht der SP-AL-Fraktion die Kommission eben ist. Eine Möglichkeit wäre auch, die Vorlage an die Regierung zurückzuweisen. Aber was geschieht, wenn wir dem Grundsatzentscheid nicht zustimmen? Die SP-AL-Fraktion steht ganz klar hinter der Vorlage. Wir sind einfach leicht irritiert, dass heute trotz Einstimmigkeit der Kommission solche Fragen aufkommen. Mir ist auch klar, dass der Masterplan nicht so schnell erstellt werden kann. Und wenn ich Jeanette Storrer richtig verstanden habe, möchte sie den Grundsatzentscheid aufschieben, bis der Masterplan vorliegt. Das ist aus unserer Sicht eine zu lange Zeit. Aber die Fragen, wie gross das Potenzial im Klosterviertel sein wird und ob seitens der Denkmalpflege mit Einschränkungen zu rechnen ist, müssen abgeklärt werden. Auch die Fragen bezüglich der Synergie mit dem Projekt Rheinufer können in der Kommission nochmals beantwortet werden, was uns schliesslich den Entscheid erleichtern wird. Es wäre gut, wenn dieser Rat dem Projekt möglichst grossmehrheitlich zustimmen würde. Heute spüre ich diese Zustimmung nicht.

Kommissionspräsident Willi Josel (SVP): Es ist völlig unrealistisch, in drei Monaten einen Masterplan zu erstellen. Wir reden hier von einem volkswirtschaftlichen Potenzial von gegen 170 Mio. Franken. Wie soll also ein Masterplan in drei Monaten ausgearbeitet werden? Es wird viel länger dauern, bis fundierte Kenntnisse vorliegen.

Markus Müller (SVP): In diesem Parlament darf man ja auch logisch denken. Regierungsrat Ernst Landolt hat mit seiner Logik wirklich den Punkt getroffen. Was Peter Kämpfer nun vorgeschlagen hat, ist nicht sinnvoll und auch nicht statthaft. Die Frage, die er in der Kommission stellen wollte, ist heute bereits gestellt worden. Über diese stimmen wir heute ab im Zusammenhang mit dem Masterplan, dem wir auch zustimmen werden. Der Masterplan wird dann die Basis sein. Mir würde Willi Josel leidtun, wenn wir das Geschäft in die Kommission zurückweisen würden. Die Kommission könnte nur auf die Ergebnisse warten. Dazu kommt, dass der Antrag ein anderes Departement betreffen würde, meines Erachtens das Baudepartement. Man könnte sich jetzt auf den Standpunkt stellen, der Auftrag sei bereits im Jahr 2009 erteilt worden. Ob dieser wahrgenommen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber eine Rückweisung an die Kommission wäre wirklich nicht sinnvoll.

Erwin Sutter (EDU): Im Jahr 2009 haben wir doch ganz klar einem Projektierungskredit für einen Projektumfang von etwa 40 Mio. Franken zugestimmt, und zwar für die Planung des Gefängnisses mit der Staatsanwaltschaft. Meiner Meinung nach geht es jetzt um einen integralen Neubau. Das ist eine andere Sache; es geht fast um das doppelte Volumen. Es ist uns allen klar, dass wir, wenn wir diese 77,5 Mio. Franken investieren, alle wissen wollen, ob ein volkswirtschaftlicher Gegenwert erzielt werden kann. Ich finde es richtig, wenn wir dem Antrag von Markus Müller zustimmen, denn wir sind uns doch alle einig, dass wir in einem Schritt einen integralen Neubau realisieren möchten. Bitte weisen Sie das Geschäft nicht mehr an die Kommission zurück und stimmen Sie dem Antrag von Markus Müller zu. Letztlich geht es auch darum, dass die Regierung weiss, in welche Richtung sie weitermachen soll.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Es wird jetzt immer vom Vorliegen eines Ordnungsantrags gesprochen. § 49 der Geschäftsordnung sieht durchaus vor, dass die Rückweisung eines Geschäftes ein Ordnungsantrag ist. Aber hier geht es nicht um die Rückweisung des ganzen Geschäftes, sondern um eine Teilrückweisung zur Abklärung gewisser Fragen in einem Aspekt. Insofern liegt hier meines Erachtens kein Ordnungsantrag, sondern es liegen drei gleichberechtigte Anträge vor: Antrag Storrer, Antrag Müller und Antrag Kämpfer, der über Punkt 1 nicht beschliessen möchte. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag Storrer und den Antrag Müller gegeneinander auszumehren. Wird beispielsweise dem Antrag Müller zugestimmt, dann ist von Planung die Rede. Das schliesst aber nicht aus, dass Sie gleichzeitig Anhang 3 zustimmen können, der den Masterplan vorsieht. Soweit ich die Diskussion verstanden habe, soll die Masterplanung die Grundlage für den weiteren Entscheid sein. Insofern müssen

Sie zwingend Anhang 3 der regierungsrätlichen Vorlage zustimmen, damit diese Masterplanung erstellt werden kann.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich gestatte mir, als Vorsteher des Baudepartementes etwas zu sagen. Es ist erwähnt worden, in der Vergangenheit sei wenig gemacht worden, was das Klosterviertel betreffe. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie dies aus heutiger Sicht so empfinden, weil noch sehr viele Fragen ungeklärt sind. Beim Beginn der Planung waren allerdings noch weit mehr Fragen ungeklärt. Damals haben wir noch über Mini-, Midi- und Maxivarianten gesprochen. Es war von einer teilweisen Entwicklung des Areals die Rede. Es brauchte einen planerischen Prozess, bis wir zur Überzeugung gelangten, dass das gesamte Areal entwickelt werden muss. Das ist ein Ergebnis. Im Übrigen gibt es eine Machbarkeitsstudie «Klosterbezirk West» von Ernst Basler + Partner. Ich weiss nicht, ob sich die Kommission diese Studie einmal zu Gemüte geführt hat. Aber wichtig ist jetzt, dass wir sehr zügig vorwärtsmachen. Das weitere Vorgehen ist aufgegleist, was die Arealentwicklung betrifft. In einer nächsten Phase werden die städtebaulichen planerischen Grundlagen geklärt, da jetzt auch klar ist, dass der Kantonsrat wirklich gewillt ist, dieses neue Polizei- und Sicherheitszentrum zu realisieren. Bis zur Kommissionsberatung war dies noch völlig offen. Die Regierung wurde teilweise geprügelt. Es wurde gesagt, es sei gewaltig, was aus dem Boden gestampft werden solle. Aber da nun der politische Konsens vorhanden ist, kann man diese Grundlagen klären. Man kann für die Arealentwicklung im Klosterbezirk West gleichzeitig die Entwicklungsziele formulieren und auch Nutzungsmöglichkeiten aufzeigen. Und mit dem Masterplan kann aufgezeigt werden, wie die künftige Testplanung effektiv aussehen soll. Aber das geht natürlich nicht in den nächsten zwei Monaten, vor allem deswegen nicht, weil wir vom Kanton an einem sogenannten partizipativen Prozess interessiert sind. Wenn Sie ein solches Areal entwickeln wollen, können Sie das nicht am Schreibtisch machen und davon ausgehen, dass alle begeistert sind. Vielmehr müssen Sie alle Organisationen, Vereine und Interessengruppen miteinbeziehen, weil es hier um ein Herzstück in der Stadt Schaffhausen geht. Das ist eine sehr grosse und schwierige Aufgabe, die wir jetzt aber angehen wollen.

Der wichtigste Mitplayer ist die Stadt Schaffhausen. Die Rheinuferstrasse ist erwähnt worden. Das Klosterviertel muss einerseits auf die Arealentwicklung Rheinuferstrasse abgestimmt sein und andererseits mit der Arealentwicklung Kammgarn. Und je nachdem, wie das Kammgarnareal entwickelt wird, hat dies Auswirkungen auf die andere Seite. Selbst bei zügigem Vorwärtsmachen können wir diese Planungen nicht in zwei, drei Monaten aus dem Boden stampfen. Deswegen war die Zeitangabe des Kommissionspräsidenten und meines Regierungskollegen mit 2014

durchaus ein realistisches Ziel. Ich bitte Sie, diesen Weg zu beschreiten, sodass wir uns heute für diese Arealentwicklung aufmachen.

Zu den beiden Anträgen von Jeanette Storrer und Markus Müller: Meines Erachtens ist es nicht matchentscheidend, wie abgestimmt wird. Wichtig ist aber, dass der Rat ein klares Bekenntnis zur Planung abgibt. Es wäre deshalb vernünftig, wenn der Rat auf den vermittelnden Vorschlag von Markus Müller einschwenken würde.

Christian Heydecker (FDP): Was das Vorgehen angeht, bin ich etwas anderer Meinung als Staatsschreiber Stefan Bilger. Meines Erachtens müssen wir zuerst über den Antrag von Peter Kämpfer abstimmen, denn wenn dieser Teil des Geschäftes an die Kommission zurückgewiesen wird, haben wir heute nichts mehr darüber zu befinden. Zumindest in diesem Teilbereich ist das Geschäft dann wieder bei der Kommission. Wenn wir den Antrag ablehnen, müssen wir zuerst den Text des Beschlusses bereinigen und anschliessend über den Antrag von Markus Müller abstimmen. Und am Schluss müssten wir dann noch über den Antrag von Jeanette Storrer abstimmen. Das ist meiner Meinung nach die richtige Kaskade der Abstimmungen.

Zum Inhalt: Es ist zu Recht gesagt worden, eine Rückweisung an die Kommission in der Meinung, dass innerhalb von zwei, drei Monaten vertiefte Abklärungen getätigt werden könnten, sei unrealistisch. Daher wäre eine Rückweisung an die Kommission nur dann sinnvoll, wenn man das Ergebnis des Masterplans abwarten wollte.

Zum Antrag von Markus Müller: Uns Freisinnigen geht es in der Tat darum, dass wir zuerst wissen wollen, was im Klosterviertel möglich ist. Und wenn wir heute – da habe ich eine andere Meinung als Erwin Sutter – diesem abgeänderten Beschluss zustimmen würden, gäben wir grünes Licht für was auch immer. Aber dann würde die Verwaltung eben nicht nur den Masterplan, sondern auch die Planung an der Solenbergstrasse vorantreiben. Wie Regierungsrat Reto Dubach zu Recht gesagt hat, liegt jetzt der Schwerpunkt bei der Entwicklung beziehungsweise bei der Abklärung der Entwicklung des Klosterviertels. Wir hoffen natürlich alle, dass etwas Schlaues realisiert werden kann. Aber, meine Damen und Herren, als Baujurist sage ich Ihnen, dass ich in den letzten Jahren oder Jahrzehnten einiges erlebt habe. Bei unserer Besichtigung der Polizei hat Polizeikommandant Kurt Blöchlinger darauf hingewiesen, dass das in einem Sitzungszimmer eingebaute alte und nicht mehr in Betrieb stehende Kamin aus denkmalpflegerischen Gründen nicht abgebrochen werden durfte. Wenn wir über solche Dinge diskutieren, dann schwant mir Böses. Deshalb bin ich nicht bereit, die Planung an der Solenbergstrasse voranzutreiben und dazu grünes Licht zu geben, bevor ich nicht weiss, was im Klosterviertel geschieht. Dies nicht aus egoistischen Gründen, sondern

weil wir irgendwann einmal mit dieser Vorlage vors Volk treten müssen. Mit Projekten, die 70 oder 80 Mio. Franken kosten, haben wir nur eine Chance, wenn wir glaubwürdig aufzeigen können, dass wir im Klosterviertel etwas Schlaues machen können. Und sollte das nicht möglich sein, müssten wir wahrscheinlich etwas kleinere Brötchen backen. Das heisst, das Projekt müsste völlig neu und anders aufgelegt werden. Es wäre also falsch, wenn wir heute grünes oder hellgrünes Licht geben würden. Deshalb müssen wir jetzt dem Antrag von Jeanette Storrer zustimmen. Ob wir diesen Text jetzt noch bereinigen oder nicht, spielt letztlich keine Rolle. Dem Kredit für den Masterplan müssen wir zustimmen. Vielleicht müssen wir noch einmal zwei bis drei Jahre warten, bis das partizipative Verfahren abgeschlossen ist. Aber diese Zeit müssen wir uns in Gottes Namen noch einmal geben, um eben zu verhindern, dass wir einen Scherbenhaufen produzieren.

Matthias Freivogel (SP): Ich teile die Auffassung meines Vorredners bezüglich des Vorgehens. Hingegen, was den Rückweisungsantrag angeht, gehe ich mit Staatsschreiber Stefan Bilger nicht einig. Würden wir nämlich seinem Vorschlag folgen, hätten wir etwas zurückgewiesen. Und was macht dann die Kommission? Vielleicht beschliessen wir hier noch etwas anderes. Dann würde überhaupt nichts mehr übereinstimmen. Wenn wir das Geschäft jetzt zurückweisen, liegt der Ball nicht mehr bei uns und wir können zum nächsten Traktandum übergehen. Weisen wir jedoch das Geschäft nicht zurück, diskutieren wir weiter. Aber dann hätte ich noch einen besseren Vorschlag aufzuzeigen.

Peter Käppler (SP): Die SP-AL-Fraktion möchte, dass es mit diesem Projekt vorwärts geht. Das von Christian Heydecker aufgezeigte Vorgehen können wir nicht unterstützen, denn die Zeit, die dadurch verlorengehe, können wir uns nicht leisten. Aus diesem Grund zieht die SP-AL-Fraktion den Rückweisungsantrag zugunsten des Antrags von Markus Müller zurück. Wir werden uns aber gegen den Antrag von Jeanette Storrer stellen, weil, wie erwähnt, eine Verzögerung des Projektes nicht drinliegt. Wir müssen die Planung parallel vorantreiben. Wir hoffen, dass Sie hinter diesem Kompromiss stehen können, sodass wir einen Schritt weiterkommen.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Nur noch in aller Kürze: Die Rückweisung gemäss Geschäftsordnung ist eine Rückweisung des Geschäftes. Das vorliegende Geschäft besteht jedoch aus vier Anträgen, und zwar aus vier unabhängig voneinander zu beschliessenden Anträgen. Wenn Sie das Geschäft in Bezug auf Anhang 1 zurückweisen, dann weisen Sie nur diesen Teil zurück und nicht das ganze Geschäft. Das war meine Be-

gründung, warum es sich hier nicht um einen Rückweisungsantrag handelt. Das ist nun aber egal, denn das Ganze hat sich ja erledigt. Fahren Sie also so weiter, wie es jetzt geplant ist, dann kommen Sie zu richtigen Beschlüssen.

Regierungsrat Ernst Landolt: Im Zentrum der ganzen Geschichte steht die Projektierung des Polizei- und Sicherheitszentrums. Wie ich eingangs schon erwähnt habe, ist die allfällige Umnutzung des Klostersviertels ein Nebeneffekt dieser Vorlage. Selbstverständlich müssen wir darüber diskutieren; das hat Staatsschreiber Stefan Bilger richtig gesagt. Deshalb sprechen wir auch von diesem Masterplan. Es gibt eine Kohärenz.

Mit dem Antrag von Markus Müller, der das Wort «Realisierung» durch das Wort «Planung» ersetzen möchte, kann ich – und ich denke, auch die Regierung – leben. Ich mache hingegen beliebt, die Zahl von 77,5 Mio. Franken nicht zu streichen, da schon sehr viel Arbeit geleistet wurde. Es ist ein Benchmark, das heisst, das Ziel ist, etwas zu bauen. Und da müssen wir wissen, wie gross dieses Haus sein soll oder darf und wie viel es etwa kosten darf. Das ist genau gleich, wie wenn Sie privat ein Haus bauen wollen. Zuerst müssen Sie dem Planer sagen, wie viel Geld Sie in die Hand nehmen möchten.

Zur Frage von Regula Widmer, wann das Inventar betreffend Schutzwürdigkeit der Gebäude im Klostersviertel vorliegen werde: Meines Wissens sind die Arbeiten fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Im Masterplan muss klar zum Ausdruck kommen, ob es in diesem Areal schutzwürdige oder schützenswerte Objekte gibt.

Zum Antrag von Jeanette Storrer: Wir reden von der Projektierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums. Das ist kohärent mit dem Masterplan, den wir für das Klostersviertel erstellen wollen. Klar ist, das sehe ich auch, dass wir mit der Polizei, dem Gefängnis und der Staatsanwaltschaft nicht einfach ausziehen können, ohne klar aufzuzeigen, was mit dem Klostersviertel passiert. Aber das kann auch parallel laufen. Und wenn Sie jetzt die Entwicklung des Klostersviertels in den Vordergrund stellen, dann kommt es mir schon so vor, als wollten Sie das Pferd vom Schwanz her aufzäumen. Das finde ich nicht gut. Ich empfehle Ihnen wärmstens, beim Thema «Polizei- und Sicherheitszentrum» zu bleiben und dem Grundsatzentscheid zuzustimmen. Und sobald alles steht, wird es eine Baukreditvorlage geben. Es ist überhaupt nicht so, da teile ich die Meinung von Christian Heydecker nicht, dass wir jetzt schon grünes Licht für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums geben, sondern wir wollen jetzt wissen, in welche Richtung wir planen müssen. Solange wir diesen Auftrag nicht haben, können wir nicht seriös planen. Im Übrigen unterstelle ich niemandem etwas. Aber wenn jetzt gefordert wird, bevor mit der Planung des Polizei- und Sicherheitszentrums begonnen werde,

müsse zuerst der Masterplan erstellt werden, dann gibt es eine grosse Verzögerung, die wir uns schlichtweg nicht leisten können.

Über das Gefängnis und das Sicherheitszentrum wird schon seit über zehn Jahren diskutiert. Ich habe es bereits eingangs deutlich gesagt: Jetzt müssen wir vorwärtsmachen! Deshalb habe ich auch an Ihren Mut und Ihren Elan appelliert, jetzt nicht wieder mit Wenn und Aber auf Verzögerungstaktik zu machen. Ich empfehle Ihnen: Stimmen Sie diesen vier Anträgen zu; stimmen Sie von mir aus beim Grundsatzbeschluss dem Vorschlag von Markus Müller zu, indem Sie das Wort «Realisierung» durch «Planung» ersetzen. Dann können wir seriös weitermachen.

Matthias Freivogel (SP): Ich hätte nicht gedacht, dass ich meinen Vorschlag jetzt so schnell bringen kann. Meine Fraktion hat gesagt, sie sei etwas irritiert; vielleicht erhöhe ich jetzt diese Irritation. Man muss einfach wissen: So gut wie das Sicherheitszentrum neben dem Kantonsspital für den Kanton von kardinaler Bedeutung ist, ist der Masterplan für die Stadt Schaffhausen von oberkardinaler Bedeutung. Dies als Nebenbemerkung. Jetzt wäre es doch am gescheitesten, wenn wir die Richtung, die wir einschlagen möchten, durch einen definitiven Volksentscheid prüfen lassen würden. Ich schlage deshalb vor, bei der Variante des Regierungsrates zu bleiben, aber die Beschlussziffer 1.2 der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen, denn immerhin geht es hier um eine 80-Millionen-Kiste. Darüber sollte das Volk doch entscheiden können, bevor Studien erarbeitet und Masterplanungen vorgenommen werden. Die Volksabstimmung würde im Herbst stattfinden. Das ist in drei oder vier Monaten. Und wenn das Volk befragt wird, wissen wir, ob es 80 Mio. Franken ausgeben will oder nicht. Der Kardinalsbeschluss ist jedoch, dass das Volk dem Standort im Herblingertal zustimmt. Dann weiss die Stadt auch, dass sie zusammen mit dem Regierungsrat die Masterplanung machen kann. Also, meine Damen und Herren, bleiben wir bei dem, was der Regierungsrat vorschlägt, aber in Ziffer 2 fügen wir die obligatorische Volksabstimmung ein.

Werner Bächtold (SP): Ich möchte mich kurz zum letzten Votum unseres Volkswirtschaftsdirektors und danach zum Antrag von Matthias Freivogel äussern. Anschliessend schlage ich vor, wie wir weiter vorgehen könnten.

Ich teile die Ansicht von Regierungsrat Ernst Landolt nicht, dass man werten soll, ob der Masterplan oder der Neubau eines Polizei- und Sicherheitszentrums wichtiger ist, denn beides ist mindestens gleich wichtig. Wenn wir es nicht fertig bringen, im Klostersviertel etwas Gescheites zu machen, dann wird auch das Polizei- und Sicherheitszentrum nicht gebaut. Das ist ja klar.

Einverstanden bin ich mit Regierungsrat Ernst Landolt, dass es eigentlich keinen Grund gibt, vom Grundsatzbeschluss abzuweichen. Das wurde so in der Kommission auch ganz klar diskutiert, weshalb ich gerne dabei bleiben möchte. Weshalb haben wir diesen Mut nicht? Wovor haben wir eigentlich Angst? Sollte wirklich jemand das Referendum ergreifen, was meines Erachtens nicht geschehen wird, dann wird es ein Leichtes sein, dieses Referendum abzuschmettern. Es ist ja wohl allen klar, die das Gefängnis und die Räumlichkeiten der Polizei gesehen haben, dass dort etwas getan werden muss. Mit einem Tag der offenen Tür bei der Polizei würde sich die Bevölkerung bestimmt davon überzeugen lassen. Deshalb schlage ich Ihnen vor, jetzt einen Grundsatzentscheid zu fällen und diesen dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Den Antrag von Markus Müller, das Wort «Realisierung» durch «Planung» zu ersetzen, finde ich korrekt. Dann sind wir meiner Meinung nach auf einem guten Weg. Wir sagen den Leuten, was wir wollen.

Markus Müller (SVP): Damit wir vom Gleichen sprechen, formuliere ich meinen Antrag nochmals: Der Titel soll lauten: Beschluss betreffend Planung eines «Polizei- und Sicherheitszentrums». Dann Ziffer 1: «Im Hinblick auf die Planung eines Sicherheitszentrums ist die Variante «Polizei- und Sicherheitszentrum» gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. November 2011 am Standort Herblingen Solenbergstrasse weiter zu verfolgen.» Ziffer 2 würde ich streichen. Sie macht keinen Sinn und es wird auch niemand effektiv das Referendum ergreifen. Darum soll dies auch nicht provoziert werden.

Ich bin heute eigentlich davon ausgegangen, dass wir der Regierung vertrauen können, indem sie in dem Sinn, wie wir heute gesprochen haben und wie den Materialien entnommen werden kann, das Ganze weiterverfolgen wird. Regierungsrat Ernst Landolt hat mich mit seiner Äusserung, das Klosterviertel sei nur ein Nebenschauplatz, schon etwas verunsichert, denn am letzten Montag hat er in unserer Fraktion wörtlich gesagt: Sollte das Klosterviertel durch private Investoren nicht sinnvoll gebaut oder umgenutzt werden, ist das Sicherheitszentrum in Herblingen gestorben. Und jetzt soll das Klosterviertel plötzlich ein Nebenschauplatz sein? Meines Erachtens ist es aber der Hauptschauplatz, über den wir seit etwa drei Stunden sprechen.

Ich bin froh, hat die SP jetzt gemerkt, dass die SVP einen guten Kompromissvorschlag gestellt hat. Damit sollten eigentlich alle leben können.

Jürg Tanner (SP): Was Regierungsrat Ernst Landolt gesagt hat, leuchtet mir ein, aber nicht das, was Markus Müller gesagt hat, denn jetzt wollen wir etwas realisieren und nicht nur etwas planen. Wenn wir das Sicherheitszentrum nicht realisieren wollen, dann müssen wir es jetzt einfach

sagen. Das ist meine Grundsatzkritik an dieser Diskussion von heute Morgen.

Meines Erachtens sprechen wir von zwei komplett verschiedenen Paar Schuhen. Das eine ist, dass wir einfach ein neues Gefängnis brauchen. Da können Sie, meine Damen und Herren auf der bürgerlichen Seite, jetzt wieder jammern. Es reut Sie wie immer das Geld. Es tut mir leid, aber das Gefängnis ist nun einfach nicht mehr brauchbar. Deshalb müssen Sie da etwas sprechen, ob es Ihnen passt oder nicht. Die Frage ist einfach: Wollen wir ein neues Gefängnis bauen oder das jetzige Gefängnis renovieren? Bitte sagen Sie das jetzt. Oder wollen wir dem Vorschlag der Regierung und der Kommission folgen, etwas Grösseres und Zukunftsgerichtetes, das dann auch etwas kostet, zu realisieren? Sie müssen sich entscheiden: entweder typisch schaffhauserisch schmürzelig sein oder etwas für die Zukunft tun. Das ist doch die Grundsatzfrage. Was dann mit dem Klosterviertel geschieht, wenn die Polizei und die Staatsanwaltschaft dort mal weg sind, sei dahingestellt. Wir kennen ja die Schaffhauser. Wir kennen das Debakel um den Herrenacker und um die Rheinuferstrasse. Selbst irgendwelche neuen Kästli in der Rhybadi führen zu einem kleineren Volksaufstand. Ich könnte mit Ihnen eine Wette abschliessen, dass wir bis im Jahr 2020 noch gar nichts realisiert haben. Todsicher nicht. Das geht in Schaffhausen einfach nicht. Aber jetzt müssen wir einfach darauf hinweisen, dass sicher ein Potenzial vorhanden ist, das dann einmal realisiert wird. Es gibt einen Gegenwert. Wir müssen jetzt vors Volk treten und sagen, was wir wollen. Und wenn das Referendum ergriffen würde und es erfolgreich wäre, dann ist das Vorhaben natürlich gestorben. Sollte das Referendum jedoch nicht erfolgreich sein, ist es völlig klar, dass der Baukredit für die Realisierung des Projektes nochmals dem Referendum untersteht. Dann ist es wirklich das Problem der bürgerlichen Fraktionen, vor allem der bürgerlichen Jungparteien, die zum Teil unrealistische Forderungen aufgestellt haben. Sie müssen Ihre Jungparteien vielleicht beeinflussen und ihnen sagen: Wir wollen das. Was ich aber heute hier gehört habe, ist reine Verzögerungstaktik von Jeanette Storrer oder reine Vernebelungstaktik von Markus Müller.

Gottfried Werner (SVP): Ich komme aus einem kleinen Dorf auf dem Lande, gehöre zur älteren Generation und habe schon viel erlebt. Wie es früher ausgesehen hat, wissen viele von Ihnen auch noch. Wie es jedoch vor hundert Jahren ausgesehen hat, kann man sich nur vorstellen. Das Gefängnis ist hundert Jahre alt. Die Bauern- oder Handwerkerbetriebe in einem kleinen Dorf mussten in der Vergangenheit den Betrieb aufgeben oder sie mussten aussiedeln. Die Polizei hingegen befindet sich immer noch in der Stadt. Da muss doch etwas geschehen. Ich befürworte deshalb den Vorschlag der Regierung.

Was mich heute Morgen irritiert, ist die Ausspielung von Stadt gegen Land. So jedenfalls kommt es mir vor. Wir sprechen vom Kloosterviertel, das sich in der Stadt Schaffhausen befindet. Die Regierung und die Kommission möchten der Stadt Schaffhausen das Kloosterviertel frei machen, damit diese etwas Neues realisieren kann. Es wird doch immer der Eindruck erweckt, der Stadt Schaffhausen mangle es an Bauplätzen und Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dem Kloosterviertel hätte sie offensichtlich ein Entwicklungspotenzial, aber jetzt soll dies irgendwie auch wieder nicht gehen. Man kann aber nicht etwas Neues planen, bevor man weiss, was man macht. In unserem Dörfchen stehen auch Häuser leer, vielleicht weil man vorher nicht geplant hat. Aber alle, die ausgezogen sind, sind froh, dass sie den Schritt gemacht haben und an einem anderen Standort etwas Neues realisieren konnten. Ich bin zuversichtlich, dass früher oder später mit dem Kloosterviertel etwas geschehen wird, das für die Stadt Schaffhausen ein Gewinn sein wird. Machen wir doch bitte schön vorwärts und dann kommen wir auch zu etwas! Stimmen Sie dem Beschluss zu.

Jeanette Storrer (FDP): Ich glaube nicht und sehe es überhaupt nicht so, dass es um einen Konflikt zwischen Stadt und Land geht, denn ein Grossteil dieses Bezirkes gehört nicht der Stadt, sondern dem Kanton. Die Stadt hat daher keinen direkten Einfluss darauf, wie weiter vorgegangen wird. Vielmehr hat das in erster Linie der Kantonsrat in der Hand. Klar wird die Stadt bei der Entwicklung miteinbezogen. Das ist auch wichtig, aber die Entscheidung fällt schliesslich der Kantonsrat. Wir müssen eine Lösung suchen, die am Schluss für alle stimmt.

Einen neuen Aspekt hat Jürg Tanner eingebracht, der aber meines Erachtens so überhaupt nicht mit der Stossrichtung der Vorlage übereinstimmt. Er sagt, es sei im Prinzip egal, was mit dem Kloosterviertel geschehe, es werde sowieso noch Jahrzehnte dauern. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit dieses Rates dem Bau eines neuen integralen Sicherheitszentrums zustimmt, ohne dass aufgezeigt wird, welches Potenzial den Ausgaben gegenübersteht. Das hat jedoch nichts mit Verzögerungstaktik zu tun. Den Mut zur Lücke habe ich durchaus. Aber wenn ein Pfeiler noch nicht steht, kann man den Mut zur Lücke auch nicht haben, denn dann fehlt eine wichtige Voraussetzung, die wir für den Entscheid noch nicht haben. Das ist meines Erachtens der springende Punkt. Solange der Masterplan noch nicht vorliegt, fehlt uns einfach eine Abklärung, die wir jedoch brauchen, wenn wir seriös arbeiten wollen. Wir tragen diese Verantwortung, auch als Kantonsräte, die nicht in der Spezialkommission waren. In der Kommission hat man mir nicht aufzeigen können, dass die Voraussetzungen schon vorliegen, um diesen Entscheid heute zu fällen.

Lorenz Laich (FDP): Ich bin noch nicht so lange in diesem Rat, aber ich bin, um das Wort der SP-AL-Fraktion zu benutzen, schon irritiert. Hier wird nur über den Faktor Zeit gesprochen. Meine Kolleginnen und Kollegen, führen Sie sich den Finanzplan, unser Arbeitsinstrument, einmal vor Augen, dann werden Sie feststellen, welche grosse Brocken noch auf uns zukommen werden. Wir haben für die regionale S-Bahn Schaffhausen 75 Mio. Franken beschlossen; bei den Spitälern Schaffhausen steht ein Kostenrahmen von 250 bis 300 Mio. Franken an. Nun reden wir über das Polizei- und Sicherheitszentrum mit rund 77 Mio. Franken. Demnächst werden wir uns in der Kommission über die Initiative bezüglich der bezahlbaren Krankenkassenprämien unterhalten. Das wird dem Kanton bis ins Jahr 2017 Mehrkosten von etwa 50 Mio. Franken verursachen. Gesamthaft komme ich auf einen Betrag von einer halben Milliarde. Das sind 6'500 Franken pro Kantonseinwohner. Nun wird hier über Monate gesprochen. Wir müssten das Polizei- und Sicherheitszentrum jetzt realisieren und es müsse schnell gehen, alles andere sei unseriös. Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der hier berücksichtigt werden muss: Wir sind in diesem Saal 60 Personen. Gehen Sie einmal unter die Bevölkerung und hören Sie, was die Leute sagen. Sie wissen, dass das Spital gebaut werden muss. Sie wissen, dass wir über dieses Sicherheitszentrum diskutieren. Und ob wir da beim Bürger einfach so auf Zustimmung stossen, ist eine ganz andere Frage. Deshalb bin ich ganz dezidiert für den Vorschlag von Jeanette Storrer. Die blumigen Formulierungen über die Möglichkeiten der Neu- und Umnutzung im Klosterviertel haben im Bericht der Regierung sehr eindrücklich getönt. Aber mir fehlt der Glaube daran. Vor allem lässt mich das ungenutzte Kamin, welches stehengelassen werden muss, auch Ungutes erahnen hinsichtlich dessen, was im Klosterviertel passiert.

Wenn wir in diesem Gesamtkontext diese halbe Milliarde Franken – wir sind ein Prozent der Bevölkerung der Schweiz – mal hundert rechnen, kommen wir auf 50 Milliarden Franken. Wie hoch ist die Gesamtverschuldung der Eidgenossenschaft? Die liegt bei etwas über 100 Milliarden Franken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen wünschbaren und machbaren Projektierungen halten Sie bitte den finanziellen Rahmen im Auge.

Florian Hotz (JF): Ganz zentral ist auch die Frage: Wie können wir die richtigen Anreize schaffen, und zwar hier spezifisch den Anreiz, dass eine Variante gewählt wird, die einen hohen Nutzwert bietet für das Klosterviertel, und zwar nicht nur einen affektiven, sondern auch einen monetären Nutzwert. Darum hängen diese beiden Fragen so eng zusammen. Oder zumindest müssen wir versuchen, als fiskalpolitisch korrekte Parlamentarier, das so eng miteinander zusammenzubringen, auch aus ent-

scheidungstheoretischen Überlegungen. Und wenn ich nochmals auf den Zeitdruck zu sprechen komme: In den letzten 10 Jahren ist nichts gemacht worden und die Welt ist trotzdem nicht zusammengebrochen. Ich glaube deshalb nicht, dass ein grosser Zeitdruck besteht. Ich respektiere, dass es Probleme gibt und dass wir etwas machen müssen. Aber wir müssen das Richtige tun. Und ob wir das in vier oder in acht Jahren machen, daran scheitert unser Kanton nicht.

Ich kann mir im Übrigen sehr gut vorstellen, dass die Jungfreisinnigen im Falle, dass wir diesen Grundsatzentscheid beschliessen, zusammen mit unseren Freunden von der Jungen SVP und sicher auch von den FDP-Classics den Referendumsweg beschreiten werden.

Patrick Strasser (SP): Der Antrag von Jeanette Storrer führt dazu, dass jetzt die Planungs- und Denkarbeiten bezüglich des Sicherheitszentrums gestoppt werden und dass gewartet wird, bis ein Masterplan vorliegt. Der Baudirektor hat im Detail ausgeführt, was alles in diesem enthalten sein sollte. Das ist ja eine Riesenkiste, wenn man auch die Vernetzung mit dem Rheinufer und so weiter hineinnehmen muss oder will. Da warten Sie nicht zwei, sondern wahrscheinlich drei oder vier Jahre. Jetzt ist die Frage: Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Ich will es nicht. Sie sollten sich auch die Frage stellen, und das ist jetzt eine Frage, die ich nicht selbst erfunden habe, sondern die hat Christian Ritzmann von der Jungen SVP in der Kommission eingebracht: Was sind uns Staatsaufgaben allgemein beziehungsweise Sicherheiten im Speziellen wert? Oder anders gefragt: Wenn das Klosterviertel nicht frei würde oder es sich nicht in einer so positiven Weise entwickeln könnte wie erwartet, wären Sie dann immer noch bereit, für einen integralen Neubau Geld zu sprechen? Ich lege Ihnen die Karte auf den Tisch: Ich bin es. Ich bin bereit, dieses Geld auszugeben im Sinne einer effizienten Sicherheitspolitik in diesem Kanton. Wollen Sie das auch, dann lehnen Sie den Antrag von Jeanette Storrer ab. Dann kann nämlich weiter geplant werden. Wollen Sie das nicht, dann sagen Sie Nein, ich bin nur dann dafür, wenn wir auch einen entsprechenden Gegenwert haben, sonst machen wir gar nichts und es soll alles so bleiben, wie es ist. Die Mauern im Gefängnis sollen löchrig bleiben, die Polizei soll ihre Aufgaben nur mit Mühe erfüllen können. Wollen Sie das, dann stimmen Sie dem Antrag von Jeanette Storrer zu. Das ist der Lackmustest. Man kann nicht immer von Sicherheit sprechen und, wenn es darauf ankommt, einmal etwas zu tun oder einen Entscheid zu fällen, der auch Kostenfolgen haben kann, sich dann zurückziehen. So geht das nicht. Ich lehne deshalb den Antrag Storrer ab und stimme im Sinne eines Kompromisses dem Antrag von Markus Müller zu.

Regula Widmer (ÖBS): Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass eine Unsicherheit besteht. Wenn ich nun aber die Voten der FDP-Vertreter interpretiere, komme ich zum Schluss, dass, wenn der Nettoeffekt unter den Erwartungen bleibt, ein integrales Polizei- und Sicherheitszentrum offenbar gestorben ist. Patrick Strasser hat es vorhin auch gesagt: Jetzt ist der Zeitpunkt, sich zu entscheiden: Wollen wir ein integrales Polizei- und Sicherheitszentrum, das mit hohen Kosten verbunden ist, oder wollen wir eine «Pflästerlipolitik» am alten Standort und nichts riskieren? Ich bitte Sie, den Antrag von Markus Müller zu unterstützen und den Antrag von Jeanette Storrer abzulehnen. Seien Sie mutig und stimmen Sie einem integralen Polizei- und Sicherheitszentrum zu. Alles andere wäre schade.

Christian Ritzmann (JSVP): Ich möchte Ihnen ebenfalls beliebt machen, den Antrag von Jeanette Storrer abzulehnen. Mit ihrem Antrag betreiben wir eine unnötige Verzögerungspolitik vor dem Hintergrund, man könne damit Geld sparen, da unser Kanton finanzielle Probleme habe. Geld sparen können wir damit aber überhaupt nicht, denn wir sind uns in diesem Saal offenbar alle einig, dass es sich bei diesem Polizei- und Sicherheitszentrum um eine notwendige und sinnvolle Investition für die Zukunft handelt. Wenn wir jetzt also hingehen und notwendige und sinnvolle Investitionen nicht tätigen, sondern sie einfach in die Zukunft verschieben, dann machen wir nichts anderes, als der nächsten Generationen Schulden zu übergeben. Das funktioniert nicht und das ist keine Sparpolitik. Ich möchte Sie auffordern, trotz grosser Unsicherheitsfaktoren dem Beschluss zuzustimmen. Ich habe Vertrauen in die Leute, die diese Pläne entwickeln. Ich glaube auch, dass wir ihnen durchaus die Zeit von zwei Jahren geben dürfen, um das ganze Projekt zu entwickeln, sodass wir, wenn es dann um den Baukredit geht, in der Lage sind, gemäss allen Fakten zu entscheiden, ob wir für oder gegen das Projekt sind. Wir können also immer noch Nein sagen. Es gibt keinen Grund, jetzt schon gleich zu Beginn das Ganze abzuwürgen.

Alfred Tappolet (SVP): Es tut mir leid, aber hier bin ich nicht ganz gleicher Meinung. Vielleicht bin ich auch schon zu lange in der Politik, sodass ich diesen schönen Worten eben nicht Glauben schenken kann. Das Polizei- und Sicherheitszentrum ist sicher nicht umstritten; vielleicht ist für mich der Standort nicht ideal. Aber ich sage Ihnen: Im Klosterareal sind es die gleichen Ämter des Kantons, die sagen, was gebaut werden darf und was nicht. Und wenn diese denkmalpflegerischen Ämter wissen, dass das Polizei- und Sicherheitszentrum gebaut wird, dann werden sie das heute öfters erwähnte Kamin schützen und dieses Areal derart bearbeiten, dass wir keine Investoren mehr finden werden. Deshalb müssen wir diese beiden Dinge miteinander verbinden, damit der Druck auf die

Bewilligungs- und Ausschreibungsbehörden eben aufrechterhalten bleibt. Als Stadtbewohner ist mir wichtig, dass nicht zuerst ein Polizei- und Sicherheitszentrum gebaut wird. Das Geld ist dann ausgegeben und die Bauruine im Klosterviertel bleibt während der nächsten zwanzig Jahre bestehen. Ich kann Ihnen versichern, das wird der Fall sein, wenn wir dem Antrag von Jeanette Storrer nicht zustimmen.

Stephan Rawyler (FDP): Das Projekt ist tatsächlich von kardinaler Bedeutung. Aber bevor Kardinalsfragen gestellt und Lackmusteste verteilt werden, muss man sich doch immer wieder überlegen, ob wirklich schon alle Fakten auf dem Tisch liegen, sodass wir entscheidungsreif sind. Was ich heute Morgen gesehen habe, waren eindrückliche Fotos, namentlich im Bereich der Polizei. Dort besteht für mich unbestritten Handlungsbedarf. Wie die Schaffhauser Polizei heute arbeiten muss, ist meines Erachtens unzumutbar. Kurz- und mittelfristig muss dort etwas geschehen. Im Gefängnis ist es vermutlich nie angenehm, wenn man dort drinsteckt, ob gerechtfertigt oder ungerechtfertigt. Aber auch wenn die Zelle 1,5 m² grösser ist, bleibt die Luft immer noch gesiebt und man hat immer noch den Wunsch, die Zelle zu verlassen. Das kann also nicht das Kriterium sein.

Wenn wir diese Frage aber wirklich angehen wollen, so haben mich die heutige Diskussion und auch die Kommission tatsächlich irritiert. Ich kann es nicht verhehlen, das ist die ganze finanzielle Frage. Ich persönlich lasse mich nicht mit einem Powerpoint-Bild abspeisen, auf dem steht, man würde ein Plus von 90 Mio. Franken, und wenig später höre ich, man mache über 30 Jahre gesehen 150 Mio. Franken plus, also 5 Mio. Franken pro Jahr. Das ist für mich alles sehr wolkig und nebulös. Das muss meines Erachtens noch besser abgeklärt werden. Die enge Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt muss vertieft werden. Jeanette Storrer hat wirklich einen klugen Vorschlag gemacht und diesen richtig begründet. Alfred Tappolet hat Ausführungen gemacht, die ich auch machen wollte, aber ich verweise jetzt vollumfänglich auf seine Ausführungen. Ich bitte Sie wirklich, folgen Sie dem Antrag von Jeanette Storrer. Ich befürchte nämlich, dass diese Vorlage in einem Referendum scheitern würde. Machiavellistisch gesehen müsste man eigentlich sagen, man folge dem Antrag von Jeanette Storrer nicht; dann kommt das Ganze vors Volk und dann haben wir ein klares Nein und alles geht noch viel länger. Aber das kann ja nicht die Lösung sein, denn vor allem die Polizei hat es verdient, dass wir hier eine rasche Lösung finden. Aber vielleicht muss man das Spektrum auch noch weiter öffnen. Vielleicht muss man sich auch nochmals überlegen, ob ganze Abteilungen noch am richtigen Ort sind. Für mich ist zum Beispiel auch folgende Frage, die bis heute in diesem Saal nicht angesprochen wurde, weiterhin offen: Was für ein Poli-

zeitposten kommt eigentlich in die Altstadt hinein? Ist das der Nucleus einer neuen Stadtpolizei mit all den finanziellen Folgen? Was bedeutet uns der Betrieb, wenn wir die Polizei plötzlich ausserhalb der Stadt haben? Für mich ist das nicht verantwortungsvolle Politik, wenn wir im finanziellen Bereich nicht mehr Klarheit haben. Deshalb bin ich eindeutig für den Antrag von Jeanette Storrer. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

Heinz Brütsch (FDP): Wir sprechen jetzt immer von Zeitverzögerungen und von diesem besagten Masterplan. Ich habe von Regierungsrat Reto Dubach gehört, dass schon einiges getan worden ist und dass Studien vorliegen. Ich bin deshalb der Meinung, dass ein solcher Masterplan in-ner nützlicher Frist erstellt werden kann. In der Privatindustrie werden auch Zeiten und Fristen gesetzt. Und wenn ich davon ausgehe, dass das in einem Jahr möglich sein wird, dann meinte ich schon: Schenken wir uns diese Zeit im Interesse des Polizei- und Sicherheitszentrums. Ich bin, wie dies Jeanette Storrer schon ausgeführt hat, auch überzeugt, dass wir diese Zeit wieder einholen werden. Stimmen Sie deshalb dem Antrag von Jeanette Storrer zu.

Urs Capaul (ÖBS): Ich habe heute Morgen eigentlich von keiner Seite gehört, dass ein Polizei- und Sicherheitszentrum nicht erstellt werden soll. Alle Seiten sind dafür. Der Unterschied geht allein in die Richtung: Wann besteht Planungssicherheit? Das ist die Kernfrage. Die eine Seite meint, diese Planungssicherheit dann zu haben, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen. Die andere Seite möchte vorwärts machen und parallel weiterarbeiten. Das ist für mich nicht unbedingt ein Widerspruch. Letztlich geht es darum, dass eine Vorlage unterbreitet wird – das Projekt wird dann vielleicht 80 Mio. Franken kosten –, die vor dem Volk bestehen kann, sodass die Volksmehrheit ihr zustimmen wird. Das wird natürlich wesentlich einfacher sein, wenn auch das Geld, das man für den Klosterbezirk kriegt, in Gegenrechnung zu den Kosten gestellt werden kann. Aber meines Erachtens sind beide Vorschläge sinnvoll, sowohl derjenige von Jeanette Storrer als auch derjenige von Markus Müller. Ich ziehe aber den Vorschlag von Markus Müller vor, weil hier weitergearbeitet und weitergeplant werden kann. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Müller zuzustimmen.

Jürg Tanner (SP): Urs Capaul hat es nochmals sehr gut gesagt. Stephan Rawyler möchte ich an Folgendes erinnern: Wenn es früher jeweils um die Steuersenkungen ging, haben wir uns auch durch ein paar Powerpoint-Präsentationen blenden lassen, die aufgezeigt haben, wie sich das Steuersubstrat besser entwickeln wird. Heute wissen wir, dass dem so nicht ist. Ein Masterplan ist natürlich auch eine Art Powerpoint-Präsen-

tion. Es ist, einfach gesagt, schlicht ein Plan. Wir kennen ja alle den ehemaligen Bushof. Seit ich mich erinnern kann – und ich kann mich an 40 Jahre zurückerinnern –, spricht man davon, dass man dieses Areal überbaut. Jetzt wird es überbaut. Ich hoffe natürlich, dass es mit dem Polizei- und Sicherheitszentrum nicht so lange dauern wird, aber wundern würde es mich nicht. Das hängt aber auch nicht von den Kaminen und auch nicht von der Denkmalpflege ab. Da wird jetzt wieder etwas Bashing betrieben. Das hängt natürlich in der Regel vom Investor ab, also von Leuten, die das Geld hier anlegen wollen. Deshalb müssen wir uns jetzt heute darüber klar werden, ob wir dem Antrag Storrer oder dem Antrag Müller zustimmen wollen. Einen Grundsatzbeschluss über eine Planung finde ich sehr eigenartig, aber bitte, ich kann damit leben. Doch die Realisierung wollen wir schliesslich anstreben. Dann muss man halt, ob mit oder ohne Referendum, dem Volk auch einmal sagen, dass so ein Gefängnis 100 Jahre hält. Das ist in Zukunft eine Investition von einer Million Franken pro Jahr. Und wenn wir uns das nicht mehr leisten wollen, dann müssen wir es ablehnen. Das Volk kann dann entscheiden. Meines Erachtens kann man dem Volk dieses Projekt aber schon noch verkaufen.

Peter Käppler (SP): Nach dem schönen Schlusswort von Christian Ritzmann habe ich schon gehofft, dass wir zur Abstimmung kommen können. Aber das scheint noch nicht der Fall zu sein. Ich fand es jedoch schön, dass ein junger Bürger sehr gut geschildert hat, worum es geht. Die Frage besteht schon: Welche Alternativen haben wir denn neben dem Neubau eines Sicherheitszentrums? Am bestehenden Standort ist ein Sicherheitszentrum nicht möglich. Wir wollen ja nicht, dass Schaffhausen weiterhin in die Schlagzeilen gelangt, weil man bei uns lediglich einen Löffel benötigt, um sich die Freiheit aus dem Gefängnis erkämpfen zu können. Von daher gibt es meines Erachtens keine Alternativen zu einem neuen Sicherheitszentrum. Und wenn wir jetzt warten, bis wir mit einem Masterplan genau wissen, wie der Klosterbezirk in Zukunft aussehen soll, und die andere Planung stoppen, dann verlieren wir Zeit. Für einen Abstimmungskredit, den wir für dieses neue Sicherheitszentrum gewinnen wollen, brauchen wir eben beides. Wir brauchen jetzt den Kredit für die Planung des Sicherheitszentrums, damit wir dann auch über die Kosten genau Bescheid wissen, wenn wir in die Volksabstimmung gehen. Parallel dazu brauchen wir genauere Aussagen für den Masterplan. Das muss das Ziel sein. Man darf nicht das eine gegen das andere ausspielen, sondern beides muss miteinander entwickelt werden, sodass ein Gesamtpaket vorliegt. Ich bin überzeugt davon, dass dies gelingt. Der Masterplan gibt uns zwar Aussagen dazu, was im Klosterbezirk entwickelt werden kann, aber die Garantie haben wir nicht, dass man dann auch Investoren findet.

Jürg Tanner hat die Arealentwicklung hinter dem Bahnhof erwähnt. Die Stadt Schaffhausen hat viel investiert und konnte im letzten Jahr die Ernte einfahren. Es war ein sehr langer Prozess. Es braucht diese Voraussicht und es braucht manchmal auch den Mut zu Investitionen und schliesslich auch die Beharrlichkeit, zu einem solchen Ergebnis zu kommen. Das ist meines Erachtens auch im Klosterbezirk möglich. Der Masterplan allein ist jedoch keine Garantie. Ich bin jedoch überzeugt, dass es uns gelingt, dieses Areal so zu entwickeln, dass es ein Gewinn für die ganze Region wird und einen Teil für die Finanzierung des Sicherheitszentrums beibringen kann.

Es wurde auch noch die Frage nach den Kosten für die Polizei in der Altstadt gestellt. Es ist sicher so, dass es für die Bürger und Bürgerinnen eine Anlaufstelle in der Stadt braucht. Wie diese ausgestaltet wird, muss diese Planung auch ergeben, also, wo und wie man dies realisieren kann. Das ist ein Bestandteil dieses Kredits. Aber es wird sicher kein Schritt zurück zur Stadtpolizei werden. Das war nie die politische Absicht, weder des Regierungsrates noch des Stadtrates. Ich bitte Sie, dem Kompromissvorschlag von Markus Müller zuzustimmen und den Antrag von Jeanette Storrer abzulehnen.

Sabine Spross (SP): Es wird jetzt immer so getan, als hätten wir nur zwei Varianten. So ist es natürlich nicht. Wir haben noch die Vorlage, die in der Kommission einstimmige Zustimmung gefunden hat. Das ist dieser Grundsatzbeschluss. Und wenn es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt, muss er auch dem fakultativen Referendum unterstehen. Wir können nicht einfach eine «Zwixerei» machen. Und wenn wir jetzt mutig sein wollen, belassen wir die 75,5 Mio. Franken im Beschluss und unterstellen das Ganze dem fakultativen Referendum. Dann haben wir etwas gewonnen. Ich habe heute sehr viel Sympathie für den Antrag von Jeanette Storrer gehabt. Ich erkenne die Unklarheiten ebenfalls, aber ich habe wirklich sehr grosse Angst, dass dann gar nichts geht. Deshalb mache ich Ihnen beliebt: Stimmen Sie der Kommissionsfassung zu.

Nihat Tektas (JF): Ich bin kein Befürworter des Replizierens. Aber heute Morgen drängt sich dies auf. Ich benutze gleich das Lieblingswort von heute Morgen, das Irritiertsein. Ich bin auch ein wenig irritiert. Da kann man frühmorgens eine Stellungnahme der Fraktion vorlesen, aber ein grosser Teil dieses Rates hat offensichtlich verschlafen. Da möchte ich explizit auf Jürg Tanner verweisen, der uns Verzögerungstaktik vorwirft, oder auf Patrick Strasser, der auf polemische Art und Weise eine Frage stellt, die ich heute Morgen schon beantwortet habe. Ich habe heute Morgen im Namen meiner Fraktion gesagt, dass uns die 77,5 Mio. Franken zu viel sind, wenn das Klosterviertel nicht realisiert wird. Diese Frage gilt

es hier zu beantworten. Wir müssen uns dann, wenn das Klosterviertel nicht kommt, effektiv über einen neuen Standort unterhalten, aber auch über die aktuelle Dimension.

Was wir heute tun, ist ein wenig perfid. Uns, den Bösen, die auf das Geld schauen, wird Verzögerungstaktik und Verschleierung vorgeworfen. Dieser Rat muss sich aber auch dessen bewusst sein, dass das Referendum ergriffen werden wird. Dann müssen wir dem Bürger klarmachen, dass das Sicherheitszentrum notwendig ist. Das Argument, beim Klosterbezirk lasse sich auch noch etwas machen, würde nicht stimmen, weil wir die Fakten gar nicht haben. Die einen nennen das mutig. Wir nennen das fahrlässig. Bei diesem Spiel macht unsere Fraktion nicht mit. Ich bin leider gezwungen, mich mit der Kommission zu solidarisieren. Das Votum von Christian Ritzmann kam gut an. Ich befürchte einfach, dass er sein Votum wahrscheinlich kopieren wird, wenn wir über die Spitäler reden, und dann einfach das Wort «Sicherheit» durch «Gesundheit» ersetzen wird. Ich bin dann gespannt auf die weitere Diskussion.

Kommissionspräsident Willi Josel (SVP): Es ist viel über Kardinäle und Kardinalpläne gesprochen worden. Als Kommissionspräsident fühle ich mich jetzt als Papst und kann sagen: Das oberste Ziel ist ein Sicherheitszentrum. Und dieses müssen wir gnadenlos verfolgen. Ein weiterer Punkt ist die Stadtentwicklung. Wir müssen zwar das Sicherheitszentrum bauen, aber es kommt auch Geld herein. Wie viel das sein wird, wird sich weisen. Ich habe langsam das Gefühl, dass zuerst die Stadtentwicklung festgelegt wird, und wenn diese nicht genügend Geld bringt, lassen wir das Sicherheitszentrum einfach sein. Aber das ist der falsche Weg. Auch wenn Jeanette Storrer jetzt sagt, die Stadt Schaffhausen könne nicht profitieren, weil das Klosterbezirk dem Kanton gehöre, dann ist dies natürlich völlig falsch, denn die Steuern, die aus dem Ganzen resultieren, kassiert die Stadt Schaffhausen ein. Wie ich eingangs schon erwähnt habe, muss beides gemacht werden. Ich bitte Sie, gehen Sie weg von der Bremse und stimmen Sie den Vorschlägen der Kommission zu.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Ich fasse die verschiedenen Anträge zusammen. Es liegt ein Antrag von Jeanette Storrer vor. Sie möchte Anhang 1 sistieren. Markus Müller möchte mit seinem Antrag Anhang 1 etwas abändern und Matthias Freivogel beantragt eine obligatorische Volksabstimmung. Zuerst bereinigen wir Punkt für Punkt den Antrag von Markus Müller, der dann dem Antrag von Jeanette Storrer gegenübergestellt wird. Sollte dem Antrag von Jeanette Storrer zugestimmt werden, müsste noch über den Antrag von Matthias Freivogel abgestimmt werden.

Abstimmung

**Mit 27 : 20 wird dem Antrag von Markus Müller zugestimmt.
Der Titel lautet neu: Beschluss betreffend Planung eines «Polizei- und Sicherheitszentrums».**

Abstimmung

**Mit 27 : 23 wird dem Antrag von Markus Müller zugestimmt.
Ziff. 1 lautet neu: Im Hinblick auf die Planung eines Sicherheitszentrums ist die Variante «Polizei- und Sicherheitszentrum» gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 1. November 2011 am Standort Herblingen Solenbergstrasse weiter zu verfolgen.**

Matthias Freivogel (SP): Meines Erachtens hat mir Markus Müller jetzt eine Steilvorlage geliefert, denn ein «Beschluss» kann gar nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Deshalb bleibt für diesen Rat nur noch die obligatorische Volksabstimmung. Sie hätten besser auf mich gehört, dann hätten wir uns dieses Dilemma erspart. Gemäss Art. 33 Abs. 1 lit. e der Kantonsverfassung können die Stimmberechtigten verlangen, dass Grundsatzbeschlüsse des Kantonsrates der Volksabstimmung unterstellt werden. Markus Müller hat den Grundsatz herausgeschmuggelt, also ist das fakultative Referendum nicht mehr möglich. Jetzt gibt es nur noch eine obligatorische Volksabstimmung. Das Volk muss jetzt sagen, ob es diese «Kiste» will oder nicht. Dann ist auch die Kardinalfrage nach der Planungssicherheit von Urs Capaul beantwortet. Wenn das Volk Ja sagt, haben wir diese Planungssicherheit. Und wenn es Nein sagt, haben wir die Planungssicherheit auch. Dann heisst es nämlich: Zurück auf Feld 1.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Es ist richtig, was Matthias Freivogel gesagt hat. Gemäss Verfassung können nur Grundsatzbeschlüsse dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Durch die klare Kennzeichnung, dass es hier nicht mehr um einen Grundsatzbeschluss geht, kann der Beschluss nicht mehr dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Gemäss Art. 32 lit. h der Kantonsverfassung kann der Kantonsrat jedoch jeden Beschluss der obligatorischen Volksabstimmung unterstellen. Und das ist der Antrag von Matthias Freivogel. Die Frage lautet nun: Wollen Sie den Beschluss, der jetzt materiell relativiert worden ist, obligatorisch der Volksabstimmung unterstellen oder nicht.

Markus Müller (SVP): Die Ausführungen von Staatsschreiber Stefan Bilger sind richtig. Aber würden wir uns für eine obligatorische Volksabstimmung entscheiden, wäre dies dümmlich bis fahrlässig. Wir haben noch nie eine Planung einer obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet. Das wäre auch kontraproduktiv, denn praktisch alle hier in diesem Saal wollen vorwärtsmachen. Eine Volksabstimmung durchzuführen, bei der das Ergebnis nach einem sicher emotional geführten Abstimmungskampf ungewiss wäre, könnte sich gefährlich auswirken.

Andreas Frei (SP): Sie sehen einen weiteren irritierten Kantonsrat vor sich. Matthias Freivogel, was Sie mit Ihrem Antrag anstreben, ist nun wirklich gefährlich. Ich bin sehr für Volksrechte und es ist für mich eine hehre Aufgabe, mich dafür einzusetzen. Aber nach unserer heutigen Diskussion kann ich mir nicht vorstellen, dass die Diskussion bei der Stimmbevölkerung, die bestimmt unreal oder vielleicht sogar surreal geführt wird, zu einem Ergebnis kommen wird. Obwohl Matthias Freivogel mein Fraktionskollege ist, bitte ich Sie, seinem Antrag nicht zuzustimmen.

Patrick Strasser (SP): Ich bitte Sie um Entschuldigung, dass ich meinen Banknachbarn Matthias Freivogel nicht von seinem Antrag abhalten konnte. Bei dem von der Kommission vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss geht es um die Realisierung des Polizei- und Sicherheitszentrums. Und weil es sich um eine derart grosse Aufgabe handelt, war es sicher richtig, daraus einen Grundsatzbeschluss zu machen, der logischerweise auch referendumsfähig wäre. Nun geht es lediglich darum, dass weitergeplant werden kann, indem einerseits der Masterplan für das Klosterviertel erstellt wird und andererseits die Planung für das Polizei- und Sicherheitszentrum weiterläuft. Ich habe dem Antrag von Markus Müller zugestimmt, weil für mich das Ganze nicht mehr eine so grosse «Kiste» ist, die einen Grundsatzbeschluss erfordert. Ich empfehle Ihnen, zuerst den Masterplan abzuwarten und erst dann mit einem Kreditgesuch vors Volk zu treten. Mit diesem Vorgehen ist auch der FDP-JFDP-CVP-Fraktion Rechnung getragen, dass unter Vorliegen aller wissenswerten Aspekte eine Meinungsbildung stattfinden und eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann. Lehnen wir also den Antrag von Matthias Freivogel ab und anschliessend auch den Antrag von Jeanette Storrer.

Christian Heydecker (FDP): Ich bin nicht irritiert, aber ich bin erschüttert über die Schindluderlei, die dieses Parlament heute an den Tag gelegt hat und wie es mit der Vorlage des Regierungsrates und der Vorlage der vorberatenden Kommission umgegangen ist. Es war doch überall ein allgemeines Unbehagen zu spüren. Die ganzen Diskussionen, die wir heute geführt haben, hatten nur zum Ziel: Wie können wir irgendwie weiter-

wursteln, dass der Regierungsrat für die Zukunft nicht zu viel aus unseren Voten ableiten kann, wie müssen wir weiterwursteln, damit das Volk nichts dazu zu sagen hat? Es ist überall einhellig zu Recht gesagt worden, dass wir, wenn wir heute mit diesem Beschluss vors Volk gehen, verlieren. Ich würde ebenfalls dagegen stimmen. Ich würde sogar noch Unterschriften sammeln, wenn es ein fakultatives Referendum geben würde. Denn so kann man nicht vorgehen. Jetzt sind wir wirklich auf der Zielgeraden, dass wir dann das geschafft haben, unter Federführung der SVP notabene, dass wir hier das Volk umdribbelt haben, dass wir einfach weitermachen können, dass die Planung weitergeführt werden kann. Das ist das Resultat. Markus Müller schmunzelt jetzt. Er hat mit seinem ersten Antrag genau gewusst, dass sich damit auch Ziffer 2 erledigt. Bei der SP-AL-Fraktion war man etwas erstaunt darüber. Es gäbe auch noch die Möglichkeit, dass man diesen Streichungsantrag bezüglich Ziff. 2 ablehnt und mit einem Rückkommensantrag auch den Titel nochmals ändert. Dann hätten wir eine saubere Ausgangslage und wir hätten eine seriöse Ratsarbeit geleistet. Aber das, was hier getan wurde, ist wirklich Schindluderei.

Werner Bächtold (SP): Entschuldigung, Christian Heydecker, immer wenn wir es nicht so machen, wie Sie es sich vorstellen, ist es Schindluderei. Das ist diesem Parlament gegenüber unhöflich, weil die ganze Diskussion heute Morgen auf Ihre Fraktion zurückzuführen ist. Wir werden den Antrag von Jeanette Storrer nun hoffentlich grossmehrheitlich ablehnen. Alle haben das Polizei- und Sicherheitszentrum befürwortet und alle wollen es innert nützlicher Frist realisieren und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag oder zwei Tage später. Was Ihre Fraktion macht, Christian Heydecker, ist reine Verzögerungstaktik, und hier machen wir jetzt nicht mit. Nun müssen Sie als Parlamentarier auch einmal verlieren können.

Florian Keller (AL): Lieber Christian Heydecker, genau deshalb müsste man jetzt dem Antrag von Matthias Freivogel zustimmen. Was wir heute Vormittag gemerkt haben: Wir bekommen eine Vorlage aus der Kommission, alles einstimmig, überall einstimmig. Niemand hatte etwas dagegen. Und jetzt sehen wir, überall verstecken sich kleine Gegner dieser Vorlage. Und nun sollen wir drei Jahre lang planen und viel Geld ausgeben und irgendwann in vier oder fünf Jahren sind wir bereit für die Abstimmung. Wir kommen mit einer Riesenkiste, denn der Neubau wird dann 80 Mio. Franken kosten. Vom Klosterviertel verspricht man sich weiss nicht, was, aber man hat immer noch keine klaren Vorstellungen, ob das auch eingelöst werden kann oder nicht. Dann werden die kleinen Gegner im Hintergrund versuchen, das Projekt zu Fall zu bringen. Und wir haben Jahre und Geld in den Sand gesetzt. Deshalb finde ich es richtig, dass

das Volk über zwei Punkte abstimmen muss. Über den einen Punkt kann das Volk bereits jetzt entscheiden: Will dieses Volk ein neues Gefängnis zusammen mit Polizei und Staatsanwaltschaft im Herblingertal zu diesem Preis? Irgendwann wird es einen zweiten Beschluss geben, nämlich dann, wenn der Masterplan vorliegt und wenn Investorenverhandlungen an die Hand genommen worden sind. Und wenn jemand da ist, der das Land im Baurecht für einen bestimmten Betrag zur Überbauung übernehmen will, kann das Volk wiederum darüber abstimmen, ob dies gewünscht wird oder nicht. In einer weiteren Abstimmung wird es darum gehen, was in diesem Klosterviertel geschehen soll. Hier handelt es sich um zwei verschiedene Dinge, die Sie jetzt verknüpfen wollen, weil Sie keinen Mut haben, vors Volk zu treten mit einem Projekt für das Gefängnis, das den meisten von Ihnen nichts nützt, ausser denjenigen, die im Gefängnis sitzen. Aber viel ehrlicher ist es jetzt, vors Volk zu treten und dieses zu befragen, ob es ein neues Gefängnis im Herblingertal befürwortet oder ablehnt. Das Klosterviertel ist eine zweite Geschichte, die in fünf Jahren zur Abstimmung kommen wird.

Erwin Sutter (EDU): Es geht uns eigentlich allen gleich: Wir wollen für die Polizei, für das Gefängnis und für die Justiz eine Gesamtlösung haben und diese vors Volk bringen. Aber wir wollen ganz klar wissen, wie wir das Ganze finanzieren können. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch wissen, wir hinterlassen im Klosterareal keine Ruine. Es wäre also falsch, wenn wir jetzt mit einem Planungskredit von 77,5 Mio. Franken vors Volk treten würden. Ich bin mir sicher, dass die Vorlage abgelehnt würde, denn das Volk will wissen, was im Klosterareal geschieht. Deshalb müssen wir die Zeit von zwei bis drei Jahren abwarten, bis eine Gesamtlösung vorliegt. Wir wollen doch eine mehrheitsfähige Vorlage vors Volk bringen.

Heinz Rether (ÖBS): Das Departement Dubach, notabene der FDP-Regierungsrat, wird diese Abklärungen für den Masterplan grösstenteils vornehmen. Und wenn die FDP-JF-CVP-Fraktion nicht genügend Vertrauen in den eigenen Regierungsrat hat, dann weiss ich auch nicht mehr. Dieser Masterplan ist finanziell so mit dem Gefängnis verquickt, dass wir gar nicht umhin kommen, ihn auch zu machen. Aber wir haben auch einen zeitlichen Druck, das Gefängnis bis zu einem gewissen Punkt voranzutreiben. Das Ganze jetzt aber zu sistieren, fände ich schade. Es ist meines Erachtens auch nicht im Sinn einer liberalen Auffassung, dass man eine professionelle Planung nicht zwei Jahre liegenlassen kann. Denn sonst kann man auch wieder von vorne anfangen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Abstimmung

Mit 38 : 14 wird der Antrag von Matthias Freivogel abgelehnt. Der Beschluss wird somit nicht der obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet.

Abstimmung

Mit 39 : 13 wird dem bereinigten Beschluss betreffend Planung eines «Polizei- und Sicherheitszentrums» zugestimmt. Der Antrag von Jeanette Storrer ist somit abgelehnt.

An dieser Stelle werden die Beratungen abgebrochen. An der nächsten Sitzung werden die Anhänge 2 bis 4 der Vorlage beraten.

*

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr